

Vermögensentzug bei burgenländischen Kroaten und Ungarn

Veröffentlichungen der Österreichischen
Historikerkommission. Vermögensentzug
während der NS-Zeit sowie Rückstellungen
und Entschädigungen seit 1945 in Österreich

Herausgegeben von
Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger,
Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz,
Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer und Alice Teichova

Band 23/4

Band 23: Nationale Minderheiten im Nationalsozialismus
Vierter Teil (=Band 23/4)
Vermögensentzug bei burgenländischen Kroaten und Ungarn.
Mit Beiträgen von Gerhard Baumgartner und Stefan Schinkovits

Oldenbourg Verlag Wien München 2004

Vermögensentzug bei burgenländischen Kroaten und Ungarn

Mit Beiträgen von Gerhard Baumgartner
und Stefan Schinkovits

Oldenbourg Verlag Wien München 2004

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004. R. Oldenbourg Verlag Ges.m.b.H., Wien.

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in EDV-Anlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

Satz: Annette Sonnewend

Druck: AZ Druck und Datentechnik, D-87437 Kempten

Lektorat und wissenschaftliche Redaktion: Mag. Eva Blimlinger

Umschlaggestaltung: Christina Brandauer

ISBN 3-7029-0528-6 R. Oldenbourg Verlag Wien

ISBN 3-486-56796-9 Oldenbourg Wissenschaftsverlag München

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL 1: VERMÖGENSENTZUG BEI BURGENLÄNDISCHEN UNGARN VON GERHARD BAUMGARTNER	9
Vorwort	11
1. FRAGESTELLUNG	12
2. FORSCHUNGSSTAND	13
3. DIE BETROFFENEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN	14
3.1 Die ungarische Sprachgruppe des Burgenlandes bis 1938	14
3.1.1 Die Bewohner der ehemals kleinadeligen ungarischen Gemeinden des Mittel- und Südburgenlandes	17
3.1.2 Die Bevölkerung der herrschaftlichen Guts- und Meierhöfe des Nordburgenlandes	18
3.1.3 Die Gruppe der ungarischen Verwaltungsbeamten, der freien Berufe und Gewerbetreibenden	19
3.1.4 Der ungarische Adel	20
3.1.5 Die burgenländischen Juden und Roma	20
3.2 Ungarischsprachige Bevölkerungsgruppen in Wien und Graz	21
4. DIE UNGARISCHE SPRACHGRUPPE UND DER NATIONALSOZIALISMUS	25
5. VERFOLGUNGSMASSNAHMEN	28
5.1 Maßnahmen gegenüber der ungarischen Sprachgruppe	28
5.2 Widerstand und Verfolgung	29
5.2.1 Widerstandsgruppen auf den Meierhöfen des Nordburgenlandes	29
5.2.2 Die Widerstandsgruppe Oberwart	32

5.2.3 Verfolgungen in den Reihen der Beamtenschaft, des Klerus und des Adels	33
5.2.4 Verfolgung der ungarischsprachigen Juden und Roma	34
5.3 Die österreichischen Ungarn in der Außenpolitik des Königreichs Ungarn 1938–1945	35
6. VERMÖGENSENTZUG	37
6.1 Ungarische Vereine	37
6.1.1 Ungarische Vereine im Burgenland	37
6.1.2 Ungarischer Kulturverein Graz	39
6.1.3 Ungarische Studentenvereine	41
6.1.4 Ungarische Vereine in Wien	42
7. VERFOLGUNG VON EINZELPERSONEN: FALLBEISPIEL JULIUS ILLÉS, OBERWART	48
8. VERMÖGENSENTZUG ZU GUNSTEN ÖFFENTLICHER VORHABEN: FALLBEISPIEL REFORMIERTE KIRCHENGEMEINDE OBERWART	50
9. ZUSAMMENFASSUNG	52
ANHANG	54
Abkürzungsverzeichnis	54
Quellenverzeichnis	55
Literaturverzeichnis	56
TEIL 2: VERMÖGENSENTZUG BEI BURGENLÄNDISCHEN KROATEN VON STEFAN SCHINKOVITS	60
1. AKTENLAGE UND QUELLENMATERIAL	61
2. DIE VOLKSGRUPPE DER BURGENLÄNDISCHEN KROATEN	61
2.1 Die burgenländischen Kroaten nach dem „Anschluss“	64

3. ZUR FRAGE DES VERMÖGENSENTZUGS IN DER NS-ZEIT	69
3.1 Stiftungen	69
3.1.1 Schulbücherstiftung für arme Kinder an der röm.-kath. Volksschule in Wulkaprodersdorf	69
3.1.2 Stiftung zu Gunsten des Kantorlehrers an der röm.-kath. Volksschule in Siegendorf	70
3.1.3 Stiftung zu Gunsten der Volksschule Oslip	71
3.1.4 Kantorlehrerstiftung an dem röm.-kath. Schulstuhl in Klingebach	71
3.1.5 Schulbücherstiftung an der röm.-kath. Volksschule in Klingebach	72
3.2. Vereine	72
3.2.1 Der Kroatische Kulturverein	72
3.2.2 Kroatische Kulturvereine in Kleinwarasdorf, Unterpullendorf, Nebersdorf, Großwarasdorf	73
3.2.3 Kroatische Musikvereine in Nebersdorf, Kleinwarasdorf, Großwarasdorf, Unterpullendorf, Baumgarten	73
3.2.4 Tamburizzaverene in Oslip, Neuberg, Unterpullendorf	74
3.2.5 So genannte kroatische Vereine in Wien	74
3.3 Privatpersonen	75
3.4 Beschlagnahme Pfarrbücher	77
4. BEZIEHUNGEN DER BURGENLÄNDISCHEN KROATEN ZU JUGOSLAWIEN BZW. ZUM UNABHÄNGIGEN STAAT KROATIEN	78
5. SCHLUSSBEMERKUNG	80
ANHANG	83
Literaturverzeichnis	84
Quellenverzeichnis	86
Autoren	87

Vermögensentzug bei burgenländischen Ungarn

von Gerhard Baumgartner

VORWORT

Ermöglicht wurden die Forschungen und Quellenstudien in erster Linie durch die unermüdliche Unterstützung, fachliche Hilfestellung und das dem Autor entgegengebrachte Vertrauen durch die Historiker und Archivare des Burgenländischen Landesarchivs unter der Leitung von Dr. Roland Widder, ohne deren Beratung, Entgegenkommen und die durch sie gebotenen einzigartigen Arbeitsbedingungen hätte diese Forschung nicht gelingen können. Ebenso gedankt sei Generaldirektor Hon.-Prof. Dr. Lorenz Mikoletzky und all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Österreichischen Staatsarchiv, den Leitern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Steiermärkischen Landesarchivs, des Ungarischen Landesarchivs in Budapest sowie Mag. Eva Blimlinger und Dr. Reinhard Binder-Krieglstein vom Sekretariat der Österreichischen Historikerkommission für die jahrelange, vorbildliche Koordination der Arbeiten und ihre unersetzlichen Anleitungen und Hilfestellungen.

Danken möchte ich ferner den burgenländischen Bezirkshauptleuten und Vorständen der burgenländischen Bezirksgerichte, insbesondere aber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Grundbuchsabteilungen für ihre unermessliche Geduld angesichts unserer nie endenden Anfragen und Begehrligkeiten, sowie allen Historikerkollegen und -kolleginnen, die mir durch unzählige Hinweise und die Zurverfügungstellung ihrer Quellen in meiner Arbeit unterstützt haben. Ganz besonders danken möchte ich in diesem Zusammenhang auch den Vorständen der ungarischen Vereine in Wien und im Burgenland, sowie Dr. László Gúthy für seine Unterstützung mit Archivalien der reformierten Kirchengemeinde Oberwart.

1. FRAGESTELLUNG

Die ungarische Sprachgruppe in Österreich geht in ihren Ursprüngen auf die Migration ungarischsprachiger Adelsgeschlechter in die Residenzstadt der österreichisch-ungarischen Monarchie seit dem 17. Jahrhundert, den Zuzug von bürgerlichen Beamten- und Offiziersfamilien in die Städte Graz und Wien seit dem 18. Jahrhundert, den Zulauf von ungarischen Studenten an die Universitäten Wien, Graz und Innsbruck seit dem 19. Jahrhundert und der massiven Migration ungarischer Arbeiterinnen und Arbeiter um die Jahrhundertwende zurück. Mit dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich 1921 wurden weitere ungarischsprachige Bevölkerungsgruppen zu österreichischen Staatsbürgern. In den Jahren zwischen 1921 und 1938 konnte sich, auf Grund unterschiedlicher gesellschaftlicher Situation und politischer Orientierung, keine kulturelle oder politische Sammelbewegung innerhalb der ungarischen Sprachgruppe etablieren. Gemeinsam mit den anderen Sprachminderheiten Österreichs gerieten die Angehörigen der ungarischen Sprachgruppe nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 in den Blick der NSDAP. Zur Beurteilung der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Organisationen und Angehörigen der ungarischsprachigen Bevölkerungsgruppe sowie etwaigen daraus resultierenden vermögensrechtlichen Maßnahmen bedarf es der Untersuchung folgender Fragen:

1. In welcher sozialen und wirtschaftlichen Situation befanden sich die einzelnen Gruppen der ungarischsprachigen Bevölkerung Österreichs, als sie im Jahre 1938 mit dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich konfrontiert wurden? Wie waren sie politisch orientiert, welches Verhältnis hatten sie zu ihrer Sprache, verfügten sie über ein ungarisches Nationalbewusstsein und eine Gruppenidentität als ungarische Minderheit in Österreich?
2. Wie standen sie dem Nationalsozialismus gegenüber, und wie reagierten sie auf den „Anschluss“? Welche konkreten Veränderungen brachte dieser für die ungarischsprachige Bevölkerung mit sich und welchen politischen Maßnahmen waren sie von Seiten des NS-Behörden als Sprachgruppe unterworfen?
3. Gab es eine Verfolgung der ungarischen Sprachgruppe und einen national motivierten ungarischen Widerstand? Kam es im Zuge der Verfolgung auch zu Vermögensentzug bei Vereinen und Einzelpersonen?

2. FORSCHUNGSSTAND

Die Geschichte der ungarischsprachigen Minderheit in Österreich ist nur in Ansätzen erforscht. Detaillierte Untersuchungen zu ihrem Schicksal während der NS-Zeit liegen, abgesehen von einem Aufsatz des Verfassers aus dem Jahre 1989¹, so gut wie keine vor. Auch die Arbeit von Stefan Schinkovits² beschäftigt sich mit den Ungarn des Burgenlandes nur am Rande. Wertvolle neue Erkenntnisse für den Untersuchungsgegenstand konnten jedoch in den letzten Jahren von der ungarischen Forschung vorgelegt werden, wo im Zuge der Erforschung des Holocaust an den ungarischen Juden und der Politik der ungarischen Regierung gegenüber ihren Minderheiten im Ausland zahlreiche neue Quellen entdeckt, publiziert und ausgewertet wurden.³

-
- 1 Gerhard Baumgartner: Der Anschluß 1938 und seine Folgen für die ungarischsprachigen Bevölkerungsschichten des Burgenlandes, in: Avguštin Malle, Valentin Sima (Hg.): Der Anschluß und die Minderheiten in Österreich/Anšlus in manjšine v Austriji, Klagenfurt 1989, S. 260–281.
 - 2 Stefan Schinkovits: Formen „Ethnischer Säuberung“ im Burgenland in der Zeit von 1938–1945. Dipl.Arb., Wien 1995.
 - 3 Loránt Tilkovsky: Kálmán Imre, a világhírű bécsi magyar operettszerző és az Anschluß, in: Holocaust Füzetek, 1999/13. S. 35–41; András D. Bán, László Diószegi u.a. (Hg.): Magyarok kissebbségben és szórványban. A Magyar Miniszterelnökség Nemzetiségi és Kisebbségi Osztályának válogatott iratai. Budapest 1995.

3. DIE BETROFFENEN BEVÖLKERUNGS-GRUPPEN

3.1 Die ungarische Sprachgruppe des Burgenlandes bis 1938

Zahlenmäßig war die ungarische Sprachgruppe eher klein. Bei der Volkszählung 1923 hatten sich 15.254 Personen, 5,3 Prozent der Landesbevölkerung, als ungarischsprachig bekannt. 1934 waren es nur mehr 10.442 Personen, ganze 3,5 Prozent. Der drastische Rückgang kann zu einem Teil auf die starke Abwanderung ungarischer Staatsbürger nach Ungarn zurückgeführt werden, zum anderen ist er ein Ergebnis der antimagyarischen Stimmung im Burgenland der Zwischenkriegszeit und der daraus resultierenden Eindeutschung.⁴

Diese antimagyarische Propaganda richtete sich in erster Linie gegen Beamte der Verwaltung und gegen protestantische und katholische Geistliche, welche die ungarische Sprache als Gottesdienstsprache weiter verwendeten. Selbstverständlich erregte in diesem Zusammenhang das traditionelle Absingen des ungarischen „Nationalliedes“ am Ende des Gottesdienstes oder der Messe mit dem Text „Gott segne die Ungarn“ die Gemüter. Besonders die Medien der Großdeutschen und der Sozialdemokratischen Partei taten sich dabei in hetzerischen Artikeln hervor. Ludwig Leser, einer der Führer der burgenländischen Sozialdemokratie, brachte die Stimmung in einem seiner Artikel in der Parteizeitung „Burgenländische Freiheit“ auf den Punkt. „Aufräumen mit allem, was noch magyarisch ist!“⁵

Jene, die öffentlich ungarische Lieder sangen, Beamte, die des Deutschen nur mangelhaft mächtig waren, und Priester, die ungarisch predigten, wurden aufgefordert, doch in das Land zu gehen, das sie of-

4 Eine detaillierte Darstellung der antimagyarischen Stimmung und Propaganda der Zwischenkriegszeit findet sich in Gerhard Baumgartner: Kurze Geschichte des ungarischsprachigen Unterrichtswesens im Burgenland. Österreichisches Kulturinstitut (Hg.), Budapest 1986.

5 Ludwig Leser: Zehn Jahre Burgenland, in: Burgenländische Freiheit II/20, 15. 5. 1931.

fensichtlich so gern hätten. Einige Autoren riefen die Burgenländer sogar zu Boykottmaßnahmen gegen die durch die Volksabstimmung 1921 verloren gegangene Stadt Sopron/Ödenburg auf: „Kein Burgenländer, der Ehre im Leib hat, darf in Ödenburg einkaufen und dieser Sippschaft auch noch das Geld hintragen!“⁶

Zum Brennpunkt der politischen Auseinandersetzungen entwickelte sich im Burgenland vor allem die Schulfrage. In Ungarn waren die meisten Volksschulen als konfessionelle Volksschulen organisiert gewesen und so in der Hand des Klerus geblieben. Die christlichsoziale Bundesregierung, die die konfessionellen Volksschulen des Burgenlandes unter der direkten Führung des Klerus eigentlich mit Wohlwollen sah, entschied nun nach dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich, im Zuge der Übergangsbestimmungen neben dem ungarischen Erbrecht und Eherecht vorerst auch das ungarische Schulgesetz im Burgenland in Geltung zu belassen.⁷ Die burgenländischen Sozialdemokraten und Großdeutschen waren allerdings bestrebt, das österreichische Schulgesetz mit seiner Trennung von Kirche und Schule auch im Burgenland durchzusetzen. Ein 1924 erzielter Kompromiss, der durch die demokratische Umgestaltung der Organisationsstatuten der so genannten „Schulstühle“ – autonome lokale Schulverwaltungsbehörden nach ungarischem Vorbild – die wahlweise Umwandlung konfessioneller Volksschulen in Gemeindeschulen ermöglichen sollte, wurde aber von der christlichsozialen Bundesregierung im Jahre 1927 als gesetzeswidrig erklärt und wieder aufgehoben.⁸

Diese Beibehaltung des ungarischen Schulgesetzes für das Burgenland, das die konfessionellen Volksschulen in den Dörfern ganz der Kontrolle der Kirchengemeinden und der Pfarrer überließ, führte zu einem Sprachenstreit in den Schulen, denn die von den Kirchengemeinden und Priestern kontrollierten örtlichen „Schulstühle“ bestimmten auch die in den

6 Burgenländische Freiheit 7/51, 16. 12. 1927.

7 BGBl. 476 vom 29. 8. 1921.

8 Felix Tobler, Johann Seedoch, Nikolaus Bencsics: Die Geschichte des Schulwesens der burgenländischen Kroaten, in: Stefan Geosich (Hg.): Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten, Wien 1986, S. 144–177, insbesondere S. 159–162.

einzelnen Orten zu verwendende Unterrichtssprache. Da man also gegen die konfessionellen ungarischen und kroatischen Volksschulen nichts unternehmen konnte, begann auf dem Gebiet des öffentlichen Schulwesens eine rigorose Ausmerzung der ungarischen Sprache. 1923 verbot der Landeshauptmann des Burgenlandes, Alfred Adolf Josef Walheim, das „Ungarisch plappern“⁹ an den öffentlichen Schulen. Lehrer, die die ungarische Sprache weiter verwendeten, wurden abgemahnt. Das Ziel dieser Maßnahmen wurde auch klar formuliert: „Aufgabe der Schule ist es, zum Deutschtum zu erziehen!“¹⁰

Da das konfessionelle Volksschulwesen in den Dörfern dem Zugriff der Landesbehörden weitgehend entzogen war, beschloss man, das ungarisch- und kroatischsprachige Schulwesen in eine bildungspolitische Sackgasse zu verwandeln. Das weiterführende Schulwesen, wie es für ungarischsprachige Schüler bis 1921 bestanden hatte, wurde rigoros beseitigt und eine Weiterbildung der Schulabgänger der ungarischsprachigen Volksschulen dadurch fast unmöglich gemacht. Von diesen Maßnahmen waren rund 16.000 Schüler betroffen. Auf Grund der Angaben der burgenländischen Schulstatistik wurden in den Jahren zwischen 1921 und 1931 jährlich durchschnittlich 2.306 Schüler ungarischer Muttersprache eingeschult. Unter Zugrundelegung der damaligen achtjährigen Schulpflicht müssten daher im Jahre 1931 16.240 Schüler ungarischer Muttersprache die burgenländischen Volksschulen besucht haben. Anhand dieser Schülerzahlen wird auch die fragwürdige Aussagekraft offizieller Spracherhebungen deutlich. Denn laut Volkszählung 1934 gab es überhaupt nur mehr 10.442 Ungarischsprachige im Burgenland.

Eine realistische Einschätzung der ungarischen Sprachgruppe der Zwischenkriegszeit muss wohl bei rund 30.000–40.000 Ungarischsprachigen im Burgenland ansetzen. Der Hauptgrund dafür, dass sich unter diesen Personen keine ungarische Bewegung oder ungarische Organisation im Burgenland formierte, dürfte einerseits in der bereits beschriebenen antimagyarischen Stimmung der Zwischenkriegszeit und in der äußerst

9 Burgenländische Heimat 9/14, 29. 9. 1923.

10 Adolf Parr: Das burgenländische Volksschulwesen im ersten Jahrzehnt der Zugehörigkeit zu Österreich, Wien-Leipzig 1931, S. 13.

inhomogenen internen Struktur der ungarischen Sprachgruppe zu suchen sein. Diese zerfiel nämlich in fünf größere soziale Gruppen und war in vier Glaubensrichtungen gespalten.¹¹

3.1.1 Die Bewohner der ehemals kleinadeligen ungarischen Gemeinden des Mittel- und Südburgenlandes

Im Gebiet des Burgenlandes gab es sechs Gemeinden, deren Bewohner bis 1848 dem herrschaftsfreien Stand der ungarischen Kleinadeligen angehört hatten. Dies waren die Orte Oberwart/Felsőőr, Unterwart/Alsóőr, Siget in der Wartőrisziget, Oberpullendorf/Felsőpulya, Mitterpullendorf/Középpulya und ein Teil der Gemeinde Jabing/Jobbágyi. Mit ihren rund 5.000 ungarischsprachigen Einwohnern, die außer in Jabing/Jobbágyi den überwiegenden Anteil der Ortsbevölkerung bildeten, stellten sie die sprachlich und sozial stabilste Gruppe der ungarischsprachigen Bevölkerung dar. In den genannten Orten hatte sich ein tradiertes, zum Teil ständisch geprägtes nationales Bewusstsein erhalten. Als Kleinadeliger hielt man sich für etwas Besseres. Die Kirchensprache war ungarisch und auch die Volksschulen waren konfessionelle ungarischsprachige Einrichtungen. Auch auf allen Ebenen der lokalen Verwaltung wurde bis 1938 weiterhin die ungarische Sprache – obwohl nicht offizielle Amtssprache – verwendet.

Die Orte waren einsprachig und die Verwendung der ungarischen Sprache wirkte als fester Bestandteil der lokalen Identität und als verbindende Klammer zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen der Bevölkerung. Eine Differenzierung der Ortsbevölkerung in ein ungarisch-nationales, klerikalkonservatives Lager beziehungsweise in ein sozialdemokratisch assimilatorisches Lager – wie dies in vielen kroatischsprachigen Gemeinden der Fall war – erfolgte vor 1938 nicht.

11 Vgl. Arnold Suppan: Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien-München 1983, S. 28ff; László Somogyi: Die burgenländischen Magyaren in geographischer Sicht, Diss., Graz 1966; Gerhard Baumgartner: 6 x Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen, Klagenfurt 1995, S. 87–110.

Obwohl diese Orte zum Teil in direkter Nachbarschaft zueinander liegen, entwickelte die Bewohnerschaft dieser Orte nie ein starkes nationales Zusammengehörigkeitsgefühl. Der Grund dafür war die Zugehörigkeit zu verschiedenen religiösen Bekenntnissen. Die Gemeinde Unterwart/Alsóór war rein katholisch, ihre Nachbargemeinde Siget in der Wartőrisziget, fast rein lutheranisch und Oberwart/Felsőőr mehrheitlich kalvinistisch. Die konfessionellen Unterschiede wogen viel schwerer als die Zugehörigkeit zur selben sprachlichen Minderheit. Heiraten zwischen katholischen Unterwartern mit lutheranischen Sigetern oder kalvinistischen Oberwartern waren so gut wie unbekannt. Die katholischen Bewohner von Oberpullendorf/Felsőpulya und Mitterpullendorf/Középpulya hatten mit den Bewohnern dieser Orte im Bezirk Oberwart schon auf Grund der örtlichen Distanz von rund 50 Kilometern kaum Kontakt.¹²

3.1.2 Die Bevölkerung der herrschaftlichen Guts- und Meierhöfe des Nordburgenlandes

Besonders im Nordburgenland blieben nach dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich viele große landwirtschaftliche Adelsgüter bestehen, die als Gutswirtschaften betrieben wurden. Auf dem Gebiet des Heidebodens und des Seewinkels gab es 1921 noch 28 solcher Gutshöfe – im Burgenland meist Meierhöfe¹³ genannt – die mit Hilfe von so genannten Lohnknechten, ungarisch „béres“ genannt, bewirtschaftet wurden. Diese etwa 10.000 Lohnknechte waren fast ausnahmslos ungarischsprachig und wohnten in Gruppen von bis zu 300 Personen auf einem der meist weit abgelegenen Meierhöfe. Fünf dieser Meierhöfe hatten sogar eine eigene ungarischsprachige Volksschule, fast alle einen eigenen Friedhof.¹⁴ Die dort lebenden Lohnknechte bildeten eine sozial deklassierte Gruppe, die mit der Bevölkerung der umliegenden Orte kaum Kontakt pflegte. Sie waren von

12 Weiterführende Literatur zu den ehemals kleinadeligen Orten des Burgenlandes in: Ladislaus Triber (Hg.): Die Obere Wart, Oberwart 1977.

13 Dabei handelt es sich um grundherrschaftliche Gutshöfe, die im 19. Jahrhundert zur Viehzucht und Milchproduktion angelegt wurden. Die Bezeichnung Meierhof leitet sich wahrscheinlich vom Wort „major“ der ungarischen Bezeichnung für Gutshöfe ab.

14 Károly Gáál: Kire marad a kisködmön?/Wer erbt das Jankerl? Szombathely 1985.

den Gutsbesitzern vollständig abhängig, bekamen niedrigste Löhne und wohnten in Unterküften der Gutshöfe. Diese Gutshöfe waren ungarischsprachige soziale Inseln. Bis 1934 sank die Zahl ihrer Einwohner auf etwa 6.000 und drei der Schulen wurden geschlossen. Besonders die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft hatte zur Entlassung vieler Lohnknechte und zu ihrer Abwanderung in die Industriezentren nach Niederösterreich und Wien geführt. Einmal dem sozialen Ghetto der Meierhöfe entkommen, versuchten die Familien der Lohnknechte ihre ungarische Sprache, die für sie eine „Sprache der Knechte“¹⁵ war, möglichst schnell abzulegen.

3.1.3 Die Gruppe der ungarischen Verwaltungsbeamten, der freien Berufe und Gewerbetreibenden

Nach 1921 war auch eine statistisch nicht mehr eindeutig ermittelbare Gruppe von ungarischen Beamten im öffentlichen Dienst im Burgenland geblieben. Es handelte sich dabei um Beamte der Freistädte, der Kreisverwaltungen und Gemeindenotariate, im Gerichtswesen, im Schulbereich sowie bei Post und Eisenbahn. Sie, sowie die Mehrheit der Vertreter freier Berufe wie Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte waren durch ihre Ausbildung an ungarischen Hochschulen sowie durch ihre gesellschaftliche Position mehrheitlich zu Parteigängern des ungarischen Liberalismus geworden. Ungeachtet ihrer sprachlichen Herkunft hatten sie sich zur ungarischen Hochsprache assimiliert, die ihnen teils politisches Programm, teils Symbol ihres gesellschaftlichen Standes geworden war. In das Lager dieser „Magyaronen“, – der „Ungarophilen“, die im Kontakt mit ihresgleichen sich stets der ungarischen Hochsprache bedienten –, gehörte auch die Mehrzahl der Gewerbetreibenden. Aber auch der katholische, und in geringerem Maße auch der protestantische Klerus fühlten sich der „ungarischen Kulturnation“ zugehörig. Die Sprache der Gebildeten und der dünnen Schicht des lokalen Bürgertums im Burgenland war in der Zwischenkriegszeit noch lange das Ungarische. Mit den ungarischsprachigen Kleinbauern des Mittel- und Südburgenlandes

15 Ebd., S. 158.

hatten sie nichts gemein, noch weniger mit den Lohnknechten des Nordburgenlandes.¹⁶

3.1.4 Der ungarische Adel

Ungarische Adelsfamilien wie die Esterházy, Batthyány, Batthyány-Strattmann, Draskovics, Erdödy, Pálffy und andere besaßen auch nach 1921 rund ein Viertel des burgenländischen Grundeigentums und stellten damit einen wirtschaftlichen und politischen Machtfaktor dar. Allerdings zogen es die meisten von ihnen vor, ihren ständigen Wohnsitz nach 1921 in Ungarn zu nehmen, viele auch gezwungenermaßen, da sie maßgeblich an der Aufstellung der ungarischen Freischärlerverbände des „Leitha-Banates“ 1920 beteiligt gewesen waren.¹⁷ Mit ein Grund für ihre politische Zurückhaltung dürfte gewesen sein, dass sie befürchteten, dass man ihre burgenländischen Güter teilweise enteignen könnte.

3.1.5 Die burgenländischen Juden und Roma

Die rund 4.000 burgenländischen Juden gehörten meist den freien Berufen an oder waren Gewerbetreibende und Kleinindustrielle. Sie können daher zu einem hohen Prozentsatz der Gruppe der so genannten „Magyaronen“, der „Ungarophilen“, zugeordnet werden. Allerdings blieben sie durch ihre Religionszugehörigkeit immer eine von den übrigen ungarischsprachigen Gruppierungen isolierte Gruppe.¹⁸

Die burgenländischen Roma – 1938 belief sich ihre Zahl auf rund 8.000 –, waren zum Großteil sozial deklassierte Tagelöhner, Störgewerbetreibende – meist von Haus zu Haus ziehende Kesselflicker, Schleifer und

16 Vgl. Gerhard Baumgartner: Der nationale Differenzierungsprozess in den ländlichen Gemeinden des südlichen Burgenlandes, in: Andreas Moritsch: Vom Ethnos zur Nation. Der nationale Differenzierungsprozess am Beispiel ausgewählter Orte in Kärnten und im Burgenland, Wien 1991, 93–155.

17 Vgl. Gerald Schlag: Oberwart nach 1848, in: Ladislaus Triber (Hg.): Die Obere Wart, Oberwart 1977, 257–274.

18 Vgl. Schlomo Spitzer (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Juden im Burgenland, Bar Ilan 1993; Hugo Gold: Gedenkbuch der untergegangenen Judengemeinden des Burgenlandes, Tel Aviv 1970.

Stellmacher – und Musikanten, die am Rande der burgenländischen Dörfer in abgetrennten Siedlungen lebten. Besonders in den Bezirken Oberwart und Oberpullendorf waren sie zur ungarischsprachigen Bevölkerung zu rechnen, die neben ihrer Familien- und Gruppensprache Roman auch Ungarisch sprachen. Die großen gesellschaftlichen Unterschiede und die zahlreichen Spannungen auf lokaler Ebene, die sich aus ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation ergaben, haben jede Integration in die Sprachgruppe, ja selbst in die Dorfbewölkerung verhindert.¹⁹

Zusammenfassend muss also festgestellt werden, dass im Jahre 1938 von einer ungarischen Volksgruppe im Burgenland als einer gesellschaftlichen Gruppe mit gemeinsamen Interessen oder einer Art von Gruppenbewusstsein überhaupt nicht die Rede sein kann. Dies äußerte sich auch im Fehlen jeglicher überregionaler Körperschaften und Verbände. Nicht einmal auf kulturellem Gebiet gab es erkennbare Zeichen einer Zusammenarbeit der einzelnen Vereine in den Dörfern, geschweige denn ein Sammelbecken, das die Angehörigen der beschriebenen Gruppen anzusprechen in der Lage gewesen wäre. Durch diese so unterschiedlichen Interessenlagen kam es weder zu einer besonderen Affiliation zu einer politischen Partei, noch hat eine damals existierende politische Partei versucht, die ungarische Sprachgruppe als solche in irgend einer Weise anzusprechen. Die politische Lagerbildung verlief vielmehr mitten durch die Sprachgruppe und wurde so zu einem weiteren trennenden Element innerhalb der ohnehin bereits vielfach fragmentierten Gruppe.

3.2 Ungarischsprachige Bevölkerungsgruppen in Wien und Graz

Wien blieb bis 1784 ungarische Hauptstadt. Neben den zahlreichen ungarischen Studenten hielten sich in Wien auch zahlreiche Angehörige

19 Claudia Mayerhofer: Die Kultur der Zigeuner im Burgenland. Lage und Lebensweise der Roma von der Ersten Republik bis zur Gegenwart, Diss., Wien 1982; Helmut Samer: Die Roma von Oberwart, Oberwart 2001; Dieter Mühl: Die Roma von Kemetten, Oberwart 1999; Gerhard Baumgartner, Florian Freund et al. (Hg.): Roma und Sinti im Burgenland 1945–2001. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien 2001.

des ungarischen Adels auf. Viele von ihnen dienten in der von Maria Theresia 1760 gegründeten ungarischen Leibgarde, die im heutigen Justizministerium in der Museumsstraße im siebenten Wiener Gemeindebezirk, dem ehemaligen Palais Trautson, untergebracht war. Ab 1786 erschien in Wien die ungarischsprachige Zeitung „Magyar Kurir“, die zweitälteste ungarischsprachige Zeitung überhaupt. Schon 1766 befanden sich laut einer Häuserbeschreibung 27 Häuser der Wiener Innenstadt im Besitz von Ungarn oder beherbergten ungarische Institutionen. Vielfach handelte es sich dabei um die Paläste begüterter Adelsfamilien, die als Mäzene eine bedeutende Rolle im Wiener Kulturleben des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts spielten.

Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts galten die Ungarn nach den Slawen als zweitgrößte fremdsprachige Gruppe der Stadt. Ein Reisebericht aus 1842 spricht von rund 15.000 Ungarn in Wien, der damals einzigen bedeutenden ungarischen Kolonie außerhalb Ungarns. Mit dem immer rasanteren Wachstum der Reichshauptstadt Wien und der explosionsartigen Entwicklung der Bevölkerung stieg die ungarischsprachige Bevölkerung bis zur Jahrhundertwende auf geschätzte 30.000 bis 40.000 Personen.²⁰ Zwischen 1881 und 1913 erwarben 75.592 in Ungarn geborene Personen das Heimatrecht. 1910 lebten bereits 139.000 offiziell nach Ungarn zuständige Personen in Wien, ein Großteil von ihnen gehörte jedoch slawischen Sprachgruppen an. Die in der Fachliteratur mit Recht als „absurd“²¹ qualifizierten Angaben der Volkszählung von 1910 über 205 ungarischsprachigen Personen in Wien dokumentieren eindeutig, dass seit den 1880er Jahren die Sprachangaben in der österreichisch-ungarischen Monarchie eindeutig die politische Orientierung²² der Bevölkerung, keinesfalls aber ihr Sprachverhalten widerspiegeln.

20 Vgl. Friedrich Umlauf: Die Österreichisch-Ungarische Monarchie. Geographisch-statistisches Handbuch, Wien 1987, S. 847; Leopold Wagner: Die zahlenmäßige Entwicklung der Völker Österreichs 1846 – 1910, Brünn 1915, S. 637.

21 Ernő Deák: Die Ungarn in Wien: eine unsichtbare Volksgruppe? in: Ethnische Gruppen in der Bundeshauptstadt Wien. integratio XV, Wien 1982, S. 115–132.

22 Vgl. Andreas Moritsch (Hg.): Vom Ethnos zur Nation. Der nationale Differenzierungsprozeß am Beispiel ausgewählter Orte in Kärnten und im Burgenland (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit) Bd. 18, Wien 1991.

Zeugnis des regen kulturellen Lebens der Wiener Ungarn waren die vielen, bereits im 19. Jahrhundert gegründeten Vereine. Bereits 1864 wurde der *Magyar Olvasókör* (Ungarischer Leseverein) gegründet, 1868 folgten der *Bécsi Magyar Egylet* (Wiener Ungarischer Verein) sowie der *Egyetemi Magyar Klub* (Ungarischer Universitätsklub), 1870 der *Magyar Társaskör* (Ungarischer Geselligkeitskreis). Dass sich die ungarischsprachige Sprachgruppe in Wien aber nicht nur auf Aristokraten und großbürgerliche Kreise beschränkte, beweist die 1899 erfolgte Gründung des *Floridsdorfi Első Magyar Társalgó Egylet* (Erster Floridsdorfer Ungarischer Unterhaltungsverein). Aus ihm sollte später der heute noch bestehende älteste ungarische Verein Wiens, der *Bécsi Magyar Munkás Egylet* (Wiener Ungarischer Arbeiterverein) hervorgehen.²³

Nach dem Ersten Weltkrieg ging die Zahl der in Wien lebenden Ungarn stark zurück, viele der ungarischen Staatsbürger übersiedelten in den neuen ungarischen Staat, gleichzeitig aber flohen zahlreiche ungarische Kommunisten und Sozialdemokraten nach der Niederwerfung der ungarischen Räterepublik 1919 nach Wien. Die Stadt wurde schon in der Zwischenkriegszeit zum Ort des ungarischen politischen Exils. Béla Kún, der Anführer der ungarischen Räterepublik, lebte ebenso einige Zeit in Wien wie Ernő Garami, einer der berühmtesten ungarischen Sozialdemokraten. Die ungarischen Sozialdemokraten gaben in Wien auch ihre Zeitschrift *Jövő* (Zukunft) heraus. Zentrum des ungarischen kulturellen Lebens der Stadt aber war wohl das Collegium Hungaricum. Im Herbst 1924 als ungarisches Kulturinstitut und Ort für ungarische Forscher im ehemaligen Palais Trautson gegründet, wurde es bald zum gesellschaftlichen und intellektuellen Mittler ungarischer und österreichischer Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen. Wichtige ungarische Vereine der Zwischenkriegszeit waren noch der 1918 ins Leben gerufenen *Szent István Egylet* (Verein Sankt Stephan), der ungarische Schulverein *Bécsi Magyar Iskola Egyesület* (Wiener Ungarischer Schulverein) sowie der sich in-

23 Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1876, Wien 1876; Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1900, Wien 1900; Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1914, Wien 1914; István Szépfalusi: *Lássátok, halljátok egymást!* Wien 1980, S. 259–285.

zwischen umbenannt habende *Floridsdorfi Első Magyar Munkás Egylet* (Floridsdorfer Erster Ungarischer Arbeiter Verein). Insgesamt gab es in Wien eine Vielzahl von ungarischen Vereinen, die zahlreiche kulturelle Veranstaltungen organisierten, darunter auch den traditionellen ungarischen Ball im Palais Trautson.²⁴

Wir können für die Jahre 1920 bis 1938 also von einer noch immer relativ großen ungarischen Sprachgruppe in Wien ausgehen, die mit Sicherheit mehrere zehntausende Personen umfasste. Bei der Volkszählung 1923 gaben nur 10.922 Personen Ungarisch als ihre Umgangssprache an, 1934 nur noch 4.844. Diese Diskrepanzen ergeben sich auch aus dem Umstand, dass viele Angehörige der ungarischen Sprachgruppe in Wien zu dieser Zeit zwei- oder mehrsprachig waren. Deutsch- und ungarische Zweisprachigkeit kann wohl für die meisten der Wiener Ungarn im 20. Jahrhundert vorausgesetzt werden, viele dürften aber auch Slowakisch oder Kroatisch, Rumänisch oder Serbisch gesprochen haben.

Auch in der Stadt Graz gab es einen seit 1888 bestehenden ungarischen Kulturverein, der sich vor allem aus Mitgliedern ungarischstämmiger Beamtenfamilien, Gewerbetreibenden und Akademikern rekrutierte. Die ungarische Sprachgruppe in Graz kann in der Zwischenkriegszeit auf rund 2.000 Personen geschätzt werden. Bereits damals waren die Aktivitäten des *Gráci Magyar Egyesület* (Grazer Ungarischen Vereins) eng mit dem Ungarischen Konsulat Graz verknüpft. Außerdem bestand in Graz, wie übrigens auch in Innsbruck, ein eigener Verein zur Betreuung der an der örtlichen Universität inskribierten ungarischen Studenten.

24 Gerhard Baumgartner: Ungarn in Wien, in: Peter Eppel (Red.): Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien (=Katalog zur Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien) Bd. 217, Wien 1996, S. 125–129.

4. DIE UNGARISCHE SPRACHGRUPPE UND DER NATIONALSOZIALISMUS

Da es im Burgenland in der Ersten Republik keine ungarisch-nationalen Gruppierungen gab, die offen unter der Bevölkerung agitierten und diese in eine ungarisch-nationale Bewegung zu integrieren versucht hätten, kam es hier auch zu keinem ausgeprägten Konflikt mit deutsch-nationalen Parteien und Organisationen. Der Sozialdemokratie, die offen deutsch-national agitierte, schlossen sich aus allen erwähnten Bevölkerungsgruppen ungarischsprachige Personen an, ohne deshalb in einen persönlichen sprachlichen Konflikt zu geraten. Nicht viel anders verhielt es sich mit der NSDAP. Auch sie hatte unter der ungarischsprachigen Bevölkerung viele Parteigänger – ebenso wie unter der kroatischsprachigen. Besonders in den ungarischsprachigen Kleinbauernorten in und um Oberwart und Oberpullendorf war dies der Fall. Eine Durchsicht der NSDAP-Mitgliederverzeichnisse dieser Orte zeigt, dass sich die Parteigänger vor allem aus der Schicht der Klein- und Nebenerwerbsbauern rekrutierten.²⁵ Dabei dürfte für die protestantischen Ungarn der Gegensatz zum klerikal-faschistoiden österreichischen Ständestaat eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben. In den Orten Siget in der Wartórisziget und Oberwart/Felsőőr war die Stimmung daher nach dem „Anschluss“ von einer offenen Hitler-Sympathie geprägt. Im Bezirksvorort Oberwart/Felsőőr nahmen die ungarischen Bauern am Festumzug der Nationalsozialisten in geschlossener Formation eines „Festbanderiums“ teil. Sie stellten, wie es ihrer ständischen Tradition entsprach, eine Reitergruppe, die in der Tracht der ungarischen Bauern und Hakenkreuzfahnen schwingend beim Festumzug mitzog. Auch aus Siget in der Wartórisziget ist ein „Freudenfeuer“ überliefert. Hier entwickelte sich schnell ein lokaler Konflikt zwischen den Kleinbauern und ihrem liberalen Pfarrer. Bei der nachträglichen Volksabstimmung über den bereits vollzogenen „Anschluss“ stimmten die ungarischsprachigen Orte ebenso fast hundertprozentig mit „Ja“ wie alle übrigen Orte des Burgenlandes auch. Der evangelische Pfarrer von Siget in der Wartórisziget wurde gezwungen, seinen Stimmzettel vor den Augen der örtlichen Par-

25 BLA LAD/ I N, 1947 Entnazifizierungsakten – Registrierungsakten.

teigenossen auszufüllen und wurde offen bedroht. Man fürchtete allgemein, dass er mit „Nein“ stimmen würde. Auch waren die Bewohner dieser ungarischsprachigen Bauerndörfer für die Propagandaparolen der Nationalsozialisten genauso empfänglich wie die übrige burgenländische Landbevölkerung. Hetzparolen gegen die „Zigeuner“ waren unter ihnen ebenso üblich wie zum Beispiel in Oberwart die Verteufelung der „Vierpaffenwirtschaft“ – gemeint waren der kalvinistische, lutheranische und katholische Pfarrer und der jüdische Rabbiner. Das Verhältnis zu den Juden war in diesen Orten von der für das Burgenland typischen Ambivalenz bestimmt. Bei der Vertreibung der burgenländischen Juden und Jüdinnen wurden nicht selten, wie in Oberwart bezeugt, auch öffentlich Tränen vergossen, aber der antisemitische Spottvers „Erger, Berger, Sóosberger, minden zsidó gazember!“ („Erger, Berger, Salzberger, jeder Jude ein Bastard!“) ging den Bewohnern und Bewohnerinnen dennoch leicht über die Lippen.²⁶

Auch die burgenländische NSDAP fand nichts dabei, dass sich ihr in der Zeit der Illegalität viele ungarischsprachige Burgenländer angeschlossen hatten und schien sich lange Zeit der Problematik dieses Umstandes gar nicht bewusst zu sein. Die Nationalsozialisten setzten bei den Anschlusskundgebungen im März 1938 im Burgenland sogar ungarisch- und kroatischsprachige Parteiredner ein. Anlässlich der Verkündung der Volkszählungsergebnisse schrieb die Oberwarther Sonntagzeitung: „Mit ganz besonderer Genugtuung wurde das Treuebekenntnis der ungarischen Bevölkerung zur Kenntnis genommen und der Oberwarther ungarischen Minderheit, sowohl der reformierten Bevölkerung im Obertrum, als auch der katholischen Einwohnerschaft des Untertrums aufrichtiger Dank ausgesprochen. Ihr einmütiges Eintreten für den Führer und Großdeutschland wird nie vergessen werden.“²⁷ Erst als 1939 die Zentralstellen in Berlin feststellten, dass die burgenländischen Mitgliederlisten der Partei von kroatischen und ungarischen Namen nur so strotzten, wies man Landes-

26 Radiointerview mit Prof. Lajos Szeberényi im Radio Burgenland, Sendereihe „Ujságok és régiségek“, 27. 3. 1988, Archiv des ORF – Landesstudios Burgenland.

27 „Festsitzung des Oberwarther Gemeindetages“, in: Oberwarther Sonntagzeitung 59/15, 17. 4. 1938.

hauptmann Portschy darauf hin und wies ihn an, diese aus der Partei zu entfernen. Portschy antwortete, dass dies im Burgenland nicht möglich sei. Erstens wären diese Männer altgediente Mitglieder aus der Zeit der Illegalität und es würde zum Schaden der Partei gereichen, diese Männer jetzt auszuschließen, denn das würde im Burgenland kein Mensch verstehen. Zweitens müsste er dann im Burgenland ganze Ortsparteigruppen liquidieren, als Beispiel nannte er Oberwart.²⁸

28 Stellungnahme des NS-Landeshauptmanns Dr. Tobias Portschy bezüglich nicht-deutsche Parteimitglieder des NSDAP im Burgenland, DÖW 9.634.

5. VERFOLGUNGSMASSNAHMEN

5.1 Maßnahmen gegenüber der ungarischen Sprachgruppe

Die gravierendste Maßnahme des NS-Staates für die burgenländischen Sprachminderheiten war die sofortige Abschaffung des konfessionellen ungarisch- und kroatischsprachigen Schulwesens. Das Eigentum an den Schulgebäuden blieb zwar formell in den Händen der Kirchengemeinden, aber die faktische Nutzung war den Kirchengemeinden entzogen. In einer zweifellos politisch gesteuerten Elternbefragung über die Unterrichtssprache an den Volksschulen der sechs ungarischsprachigen Orte des Burgenlandes sprachen sich 80 Prozent für einen rein deutschen, 18 Prozent für einen deutschen Unterricht mit Ungarisch als Unterrichtsgegenstand und nur zwei Prozent für einen rein ungarischen Unterricht aus.²⁹ Der Unterricht wurde in der Folge in Deutsch abgehalten. Lehrer, die dazu nicht bereit oder in der Lage waren, wurden pensioniert oder versetzt.

Eine Verfolgung der ungarischen Sprachgruppe als solche fand nicht statt. Zwar schwirrte ab dem Jahre 1940 zahlreiche Gerüchte über eine bevorstehende Deportation oder Aussiedelung der burgenländischen Ungarn in die Ukraine durch die Dörfer, konkrete Schritte wurden von den Behörden aber nicht gesetzt. Diese Gerüchte hatten einen durchaus realen Hintergrund. Wie Stefan Schinkovits durch Recherchen im Deutschen Bundesarchiv in Koblenz nachweisen konnte, gab es ab dem Jahre 1940 einen ausgedehnten Briefwechsel zwischen dem Reichsministerium des Inneren, dem Reichsstatthalter in Niederdonau und dem Königlich Ungarischen Ministerium des Äußeren in dieser Angelegenheit. Die Verhandlungen blieben ergebnislos, weil sie einerseits auch die Frage des ungarischen Großgrundbesitzes im Burgenland mit einschlossen und andererseits weil sich Heinrich Himmler als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums schließlich in die Verhandlungen einschaltete und die Aussiedlungspläne stoppte. Dabei argumentierte er, dass das Deutsche Reich bei den Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über die Behandlung der Ungarndeutschen die

burgenländischen Ungarn noch als Faustpfand brauche.³⁰ Auch von der Volkstumsstelle Eisenstadt wurden diese Aussiedlungspläne eher abschlägig beantwortet. Während also in Kärnten die lokalen Behörden die Aussiedlung von Teilen der slowenischsprachigen Bevölkerung initiierten und aktiv betrieben, versuchten die burgenländischen Behörden solche Aktionen gegen die Sprachminderheiten eher zu verhindern. Sie einzuleiten wäre ihnen wahrscheinlich gar nicht in den Sinn gekommen.³¹

Die Tätigkeit sämtlicher ungarischer Vereine kam nach dem „Anschluss“ 1938 weitestgehend zum Erliegen, eine Verfolgung der Wiener Ungarn aus rassistischen oder nationalen Motiven gab es jedoch nicht. Die eher tolerante Haltung der Nationalsozialisten gegenüber den Angehörigen der ungarischen Sprachgruppe erklärt sich einerseits aus der Tatsache, dass Ungarn einer der Verbündeten des Deutschen Reiches war, andererseits aus dem Umstand, dass für die Nationalsozialisten die Frage der ungarischen Minderheitenpolitik gegenüber den so genannten Volksdeutschen eine wichtige Rolle spielte. So konnten beispielsweise ungarische Gottesdienste ungestört bis 1945 stattfinden. Zwar kam es in Wien zur Verhaftung und Verurteilung mehrerer ungarischer Mitglieder von kommunistischen und sozialistischen Widerstandsgruppen, von einem ungarisch-national motivierten Widerstand in Wien ist in der zeitgeschichtlichen Forschung aber bisher nichts bekannt.³²

5.2 Widerstand und Verfolgung

5.2.1 Widerstandsgruppen auf den Meierhöfen des Nordburgenlandes

Da es im Burgenland weder eine ungarisch nationale Bewegung noch eine Verfolgung der ungarischen Sprachgruppe per se gab, kann auch von einem ungarischen Widerstand, der in Inhalten, Form und Motivation etwa dem Widerstand der Kärntner Slowenen vergleichbar gewesen wäre, nicht gesprochen werden.

30 Schinkovits, Formen „Ethnischer Säuberung“, S. 93–97.

31 BLA, Sammlung Tobler, Schreiben der Volkstumsstelle an Franz Burri, 2. 9. 1941.

32 Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation, 3 Bd., Wien 1975.

Allerdings hatten ungarischsprachige Bewohner und Bewohnerinnen des Burgenlandes und Wiens aus den verschiedenen Gruppierungen der Sprachgruppe auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum einen oder anderen politischen Lager einen nicht unwesentlichen Anteil am österreichischen Widerstand, besonders im Burgenland.

Unter den Lohnknechten der nordburgenländischen Gutshöfe gab es zum Teil schon seit 1934 illegal arbeitende Gruppen der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Freien Gewerkschaften. Als Zentrum kristallisierte sich hier die Gegend von Frauenkirchen, Halbturn und Mönchhof im Bezirk Neusiedl am See heraus. Bereits vor 1938 hatte die illegale kommunistische Partei mit ihrem Landesobmann Vincenz Bőröcz Kontakte zum Esterházy'schen Paulhof in Frauenkirchen aufgenommen. Als Leiter der dortigen Ortsgruppe werden die Arbeiter Koch, Fehér, András Heinrich und Flórián Kéri genannt, die aus Ungarn stammten. Als Verbindungsmann zur kommunistischen Zelle in Bruck an der Leitha fungierte Emil Pete, ein ebenfalls aus Ungarn stammender Arbeiter, der auch wegen seiner ungarischen Sprachkenntnisse mit dieser Aufgabe betraut wurde. Die kommunistischen Gruppen auf den Meierhöfen hatten außerdem gute Kontakte zu ihren Parteifreunden auf der Raab-Ödenburger Bahn und zu kommunistischen Arbeitern in Frauenkirchen selbst. Weiters gab es auch Kontakte zu ungarischen Kommunisten, die nach dem Sturz der Räterepublik in Ungarn 1919 nach Österreich geflüchtet waren, wie zum Beispiel zu Mátyás Olajos in Zillingdorf-Bergwerk. Auch arbeitete man mit ehemaligen Funktionären der Freien Gewerkschaften zusammen, namentlich mit János Szalay aus Pama. Unterstützt wurden diese Gruppen angeblich auch durch frühere Sozialdemokraten, die im Gendarmeriedienst und in der Zollwache verblieben waren.

Die Tätigkeit dieser Gruppen beschränkte sich auf politische Aufklärung der Arbeiter, die Verbreitung der illegalen kommunistischen Zeitung „Der Rote Ring“, auf das nächtliche Anbringen von Widerstandsparolen in den Dörfern oder symbolische Sabotageakte, wie etwa das nächtliche Umschneiden der neugepflanzten „Hitler-Eichen“ in den Dörfern der Gegend.

1939 kam es unter den ungarischsprachigen Lohnknechten der Meierhöfe im damaligen Landkreis Bruck an der Leitha vor der Rüben-ernte zu einer Arbeitsniederlegung von 600 bis 700 Arbeitern. Auf dem Esterházy'schen Gutshof in Tadtten wurden sechs Arbeiter verhaftet, der

Konflikt allerdings durch Neuregelung der Stundenlöhne beigelegt. Da man nun von der Tätigkeit kommunistischer Untergrundorganisationen wusste, begann man von Seiten der Gestapo den ungarischen Gutshofsarbeitern gesteigerte Aufmerksamkeit zu schenken. 1940 wurden in Karlhof die Brüder Ferencz und Géza Rösich als kommunistische Rädelführer der dortigen 100 Gutshofsarbeiter wegen Aufwiegelung sowie Abhörens des ungarischen Programms des Senders Moskau festgenommen und Ferencz Rösich zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. 1941 wurde in Engerau und Kittsee eine Gruppe ungarischer und kroatischer Kommunisten verhaftet. Anton Strnad, Eduard Erdösi, János Balogh, Johann Peresich und Ludwig Arlits wurden zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Auch in Parndorf, wo man es im dritten Versuch geschafft hatte, die „Hitler-Eiche“ umzuschneiden, wurden János Kóosz, Anton Ojakovics und Stefan Sankovics verhaftet und verurteilt. 1943 folgte dann die Ausforschung der zentralen Gruppe in Frauenkirchen. Ihr gehörten Theodor Gindra, Ferenc Pölöksei, Matthias Kettner, Franz Ganster, Bendek Szalay und Flórián Kéri an. Kéri konnte aus dem Arrest nach Ungarn flüchten und entging so einer Haftstrafe. Die schon früher verhafteten István Húsz aus Frauenkirchen und Péter Huszár aus Parndorf begingen im Gefängnis Selbstmord.³³

Auch in anderen Orten des Burgenlandes gab es Opfer der politischen Verfolgung durch die Nationalsozialisten, die der ungarischen Sprachgruppe zuzurechnen sind. Erwähnt seien hier nur Franz Kóo aus Kaisersdorf, der 1939 im Konzentrationslager Mauthausen an einer „Herzlähmung“ starb, und Imre Kiss aus Rechnitz, der 1942 in Graz hingerichtet wurde.³⁴

33 Vgl. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.): *Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation*, Wien 1979; Urteil des Oberlandesgerichtes Wien gegen Vinzenz Böröcz und Emil Pete wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 1.2.1940, DÖW 7.389; Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 4, 8.–9. 9. 1941, DÖW 5.732e; Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 12, 26.–28. 6. 1942, DÖW 5.733c; Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 1, 29. 12. 1942, DÖW 5.734a; Urteil des Oberlandesgerichtes Gegen Stefan Preier und andere wegen Vorbereitung gegen Hochverrat, 22. 9. 1943, DÖW 9.039; Urteil des Oberlandesgerichtes Wien gegen Florian Kéri wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 18. 10. 1944, DÖW 10237.

5.2.2 Die Widerstandsgruppe Oberwart

Im südlichen Burgenland war ebenfalls eine verzweigte kommunistische Widerstandsgruppe entstanden, die ihre Zentren in Pinkafeld, den Ortschaften rund um Stadtschlaining, in Stegersbach und Oberwart hatte. Der Gruppe in Oberwart hatten sich relativ spät neben einigen Arbeitern auch Angestellte, Bauern und Gewerbetreibende angeschlossen, die die illegale Partei angeblich nicht nur durch Geldspenden unterstützten, sondern auch Sabotageakte in Zusammenarbeit mit sowjetischen Fallschirmspringern geplant haben sollen. Bereits 1943 wurde Alexander Heigl in Graz wegen Hochverrats hingerichtet. Die Gruppe wurde 1944 aufgedeckt und den Mitgliedern ebenfalls in Graz der Prozess gemacht. Ihr gehörten János Seper, Johann Janisch, der frühere Zellenleiter des NSDAP in Oberwart, Franz Michel, ein begüterter Bauer, und die Schlosser Johann Wallner und Johann Strauß an. Vier von ihnen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Weiters wurden der Konditor Eugen Strauß, Julius Illés, Alexander Pfeifer, Martin Rába, Lajos Gángoly, Elisabeth Reindl, Josef Fuith, Miklós Selymes, Vilmos Siskó und der Steuerberater Hans Wenzel, die zum Teil schon früher verhaftet worden waren, zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und etliche von ihnen in Konzentrationslager eingewiesen. Mit insgesamt 21 wegen Hochverrats oder Vorbereitung zum Hochverrat verurteilten und fünf davon hingerichteten Widerstandskämpfern dürfte Oberwart/Felsőőr wohl der Ort mit den meisten politischen Opfern des NS-Regimes im Burgenland sein.³⁵

34 Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 443; Urteil des Oberlandesgerichtes Wien gegen Josef Fekete wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 2. 3. 1943, DÖW Akt 9.776.

35 Dienstbuch von Egon Arthur Schmidt, Beobachter des Reichspropagandaministeriums bei Volksgerichtshofsprozessen, 7. 8. 1942, DÖW 897; Urteil des Oberlandesgerichtes Wien gegen Rudolf Kornfeind und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 29. 1. 1943, DÖW 9.761; Urteil des Oberlandesgerichtes Wien gegen Ludwig Gángoly und Martin Raba wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 17. 2. 1943, DÖW 9.763; Bericht des Gendarmeriekommandos Oberwart an das Bezirksgericht in Oberwart in der Strafsache gegen den ehemaligen NSDAP-Kreisleiter Eduard Nicka wegen Kriegsverbrechen, 6. 8. 1948, DÖW 12.585.

5.2.3 Verfolgungen in den Reihen der Beamtenschaft, des Klerus und des Adels

Zahlreiche klerikal-konservative Beamte und Funktionsträger waren auf Grund ihrer im Ständestaat innegehabten Positionen Schikanen und Verfolgungen ausgesetzt, ebenso klerikal-konservativ oder liberal exponierte Pfarrer und Priester. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Angehörige der ungarischen Sprachgruppe. So wurden etwa der Vizebürgermeister von Eisenstadt, Franz Prónai, und der Bezirkshauptmann von Güssing, Dr. Emmerich Faludy, nach dem „Anschluss“ in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen.³⁶

Zu den evangelischen Pfarrern und katholischen Priestern, die zum Teil versetzt oder nach Ungarn vertrieben wurden, gehörte der aus Unterschützen stammende katholische Pfarrer von Deutsch Schützen, Johann Farkas. Der evangelische Pfarrer von Allhau, Victor Robert Jacobi, sowie Kaplan Ludwig Sándor aus Mogersdorf mussten wegen ihrer jüdischen Abstammung das Burgenland verlassen beziehungsweise nach Ungarn zurückkehren.³⁷ In Oberwart/Felsőőr wurde die Lehrerin Ida Farsky pensioniert, der Lehrer Ernst Tölly wurde versetzt. Der reformierte Pfarrer, Faber Kovács, durfte nicht mehr an der Schule unterrichten. Auch in Unterwart/Alsóőr wurde die Lehrerin Rosalia Csulyok entlassen und nach Ungarn abgeschoben. Die Tatsache, dass sie durch ihre Heirat auch ungarische Staatsbürgerin war, diente dabei als Vorwand. Nachdem sie illegal wieder nach Unterwart/Alsóőr zurückgekehrt war, wurde sie nach einem Verhör durch die Polizei abermals deportiert. In den Ruhestand versetzt wurde auch der protestantische Geistliche Lajos Szeberényi aus Siget

36 Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos Güssing an das Landesgendarmeriekommando für das Burgenland betreffend Verfolgungen durch das NS-Regime, 27. 5. 1946, DÖW 12.540; Zeugenaussage des Franz Kummer vor dem Bezirksgericht Eisenstadt in der Strafsache gegen Kaspar Visotschnigg, ehemaliger Ortsgruppenleiter der NSDAP in Eisenstadt, 10. 12. 1946, DÖW 12.827.

37 Schreiben der Apostolischen Administration des Burgenlandes an das Bischöfliche Ordinariat in Kassa, Ungarn, betreffend Kaplan Ludwig Sándor, 23. 5. 1939, DÖW 11.505; Zeitungsmeldung über die Verhaftung des Pfarrers von Markt Allhau, Victor Robert Jacobi, Evangelischer Kirchenbote für das Burgenland, 14.Jg., Mai 1939, Nr.5, S. 42, DÖW 13.092.

in der Wart/Órisziget, da er sich geweigert hatte, ein Gebet für Adolf Hitler von der Kanzel zu verlesen.³⁸

Als eine der seltenen Verfolgungen aus den Reihen des burgenländischen Adels wäre die Inhaftierung und Ausweisung der Bernsteiner Familie des Anton von Gyömörey zu nennen. In Lackenbach verhalf der Besitzer des dortigen Schlosses Ferencz Rohonzy zahlreichen Roma des „Zigeunerlagers“ zur Flucht und musste schließlich im Jahre 1944 selbst nach Ungarn fliehen.

Das prominenteste ungarische antifaschistische Opfer Wiens war der reformierte ungarische Pfarrer Dr. Zsigmond Varga. Er war während seines Studiums in Berlin mit Mitgliedern der Widerstandsgruppe „Bekennende Kirche“ in Kontakt gekommen und dürfte in seinen ungarischen Predigten auch in diesem Sinne antifaschistische Haltungen vertreten haben. Wahrscheinlich durch einen Spitzel aus den Reihen der eigenen Gemeindemitglieder verraten, wurde er im Oktober 1944 gemeinsam mit zwei seiner Kollegen aus dem Collegium Hungaricum verhaftet und später nach Mauthausen deportiert. Er starb im März 1945 im Konzentrationslager an den Folgen einer „Lungenentzündung“.³⁹

5.2.4 Verfolgung der ungarischsprachigen Juden und Roma

Zur ungarischsprachigen Bevölkerung des Burgenlandes gehörten auch viele Juden und Roma. Ihr Schicksal kann hier nicht weiter im Detail beschrieben werden und wird als generell bekannt vorausgesetzt.⁴⁰ Wie alle

38 Károly Seper: *Alsóór történetéből. Írások, emlékek és szájhagyomány.* Unterwart/Alsóór 1988.

39 Szépfalusi, *Lásátok*, S. 311f.

40 Verwiesen sei hier auf: Florian Freund, Gerhard Baumgartner, Harald Greifender: *Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti. Nationale Minderheiten im Nationalsozialismus 2* (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 23/2) Wien-München 2004; Gerhard Baumgartner, Anton Fennes, Harald Greifender, Stefan Schinkovits, Gert Tschögel, Harald Wendelin: *„Arisierung“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen im Burgenland* (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 17/3) Wien-München 2004.

Verfolgten aus den Reihen der ungarischen Sprachgruppe wurden auch sie nicht ob ihrer Zugehörigkeit zu derselben verfolgt, waren aber bis 1938 ein bedeutender Bestandteil derselben.

5.3 Die österreichischen Ungarn in der Außenpolitik des Königreichs Ungarn 1938–1945

Über die Situation der in den Großstädten Österreichs lebenden Ungarn, insbesondere in Wien und Graz, waren die ungarischen Behörden auf Grund der Berichte der dortigen Konsulate beziehungsweise der Botschaft in Wien, ziemlich detailliert informiert. Über das Schicksal der burgenländischen Ungarn wussten die Budapester Behörden allerdings so gut wie nichts und waren auf zufällige Berichte von Reisenden und Informanten angewiesen. Ein derartiger Bericht in den Akten des ungarischen Konsulates in Wien findet sich in den Aufzeichnungen eines Oberrates Szentmilosy für die Politische Abteilung im Büro des Ministerpräsidenten vom 8. Oktober 1942 mit János Almásy aus Bernstein, der als „az ostmark területén működő magyar egyesületek elnöke“, als Präsident der auf dem Gebiet der Ostmark bestehenden ungarischen Vereine, tituliert wird⁴¹. Im Laufe des Gesprächs wurde Almásy beauftragt, eine Liste konkreter Wünsche zu erstellen, deren Erfüllung er im Interesse der dort lebenden Ungarn für wichtig halte. Almásy überreichte eine in 14 Punkten zusammengefasste Aufzeichnung, darin forderte er die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln, zweisprachiger Geschäftsaufschriften, einen Gerichtsdolmetsch, ungarische Volksschulen in Oberwart/Felsőőr, Unterwart/Alsóór, Oberpullendorf/Felsőpulya und Ligetfalu⁴²,

41 MOL, K71 Külügyminisztériumi Levéltár, Külügyminisztérium, A külföldön élő magyar állampolgárok gondozását ellátó osztály, 122. csomó, I/4/1942, (Külföldi magyarok gondozása), Blatt 57.

42 Wahrscheinlich ist damit das Dorf Siget in der Wart gemeint (Sziget falu), bei der Bezeichnung Ligetfalu kann es sich nur um einen Irrtum handeln, denn ein Ort dieses Namens ist im Burgenland unbekannt. Siehe dazu auch: Amt der burgenländischen Landesregierung (Landesarchiv) (Hg.): Verzeichnis der burgenländischen Ortsnamen. Mit Angabe der deutschen, kroatischen und ehemaligen magyarischen Formen zusammengestellt von Karl Semmelweis, Eisenstadt 1954; ebenso: Burgenländisches Landesarchiv (Hg.): Verzeichnis der burgenländischen Ortsnamen in deutscher, ungarischer, kroatischer und Roman-Sprache. Zusammengestellt und bearbeitet von Johann Seedorf, Eisenstadt 2001.

sowie eine Hauptschule in Oberwart, ein Kulturabkommen und geregelten Kulturaustausch, ungarische Filme im Kino sowie ungarische Bücher und Zeitungen in den Geschäften.⁴³

Im Gespräch wurde auch auf einen Bericht eines 17-jährigen ungarischen Studenten aus Sopron/Ödenburg Bezug genommen, der kurz zuvor das Mittel- und Südburgenland bereist hatte und einen Bericht für den Verband der Auslandsungarn, „Külföldi Magyarok Szövetsége“, verfasst hatte. Der Bericht schildert die Behinderungen ungarischer Kulturarbeit vor allem in Oberwart/Felsőőr, verliert aber durch zahlreiche Ungenauigkeiten viel an Glaubwürdigkeit. Ein detaillierterer Bericht findet sich im Aktenbestand der Kanzlei des Ungarischen Ministerpräsidenten, verfasst von einem ungarischen Studenten, der im November 1941 die Orte Oberwart/Felsőőr und Unterwart/Alsóőr besuchte.⁴⁴ Der Bericht ist geprägt von ungarisch-nationalen Schwärmereien und weist neben interessanten Beobachtungen auch zahlreiche Gerüchte auf – wie die Erwähnung einer Ansiedlung einer großen Anzahl von „Bessarabiendeutschen“ in Oberwart/Felsőőr und Pinkafeld. In der Einschätzung der in Wien sitzenden Beamten und ungarischen Vereinsfunktionäre zu diesen Berichten heißt es wörtlich: „Almásy szerint a helyzet ennél a valóságban még sokkal rosszabb.“ (Laut Almásy ist die Situation in Wirklichkeit noch viel schlimmer.) Jedoch auch Almásys Darstellungen der Situation im Burgenland lassen den Eindruck aufkommen, er kenne die Situation in den Bauerndörfern eher nur vom Hörensagen. In einem Bericht des Ungarischen Konsulates in Wien an das ungarische Außenministerium aus dem Jahre 1944 wird deutlich unterstrichen, dass die Frage der burgenländischen Ungarn einerseits von Wien aus nur mühsam zu beobachten war und andererseits eigentlich auch in Budapest nicht auf sonderliches Interesse stieß.⁴⁵

43 MOL, K71 Külügyminisztériumi Levéltár, Külügyminisztérium, A külföldön élő magyar állampolgárok gondozását ellátó osztály, 122. csomó, I/4/1942, (Külföldi magyarok gondozása), Blatt 58–59.

44 „Egy magyar egyetemi hallgató jelentése a külügyminisztériumnak a burgenlandi magyarság helyzetéről“, 2. 11. 1941 in: Bán, Diószegi u.a. (Hg.): Magyarok kisebbségben és szórványban. A Magyar Miniszterelnökség Nemzetiségi és Kisebbségi Osztályának válogatott iratai. Budapest 1995. S. 689–694.

45 „A bécsi főkonzulátus jelentése a Külügyminisztériumnak a németországi (burgenlandi) magyar kisebbség helyzetéről“, in: Bán, Diószegi u.a. (Hg.), Magyarok kisebbségben és szórványban, S. 701ff.

6. VERMÖGENSENTZUG

6.1 Ungarische Vereine

6.1.1 Ungarische Vereine im Burgenland

Da die ungarische Sprachgruppe des Burgenlandes in der Zwischenkriegszeit keine regionalen oder landesweiten Strukturen entwickelte, waren die Vereine auf die jeweilige Gemeinde, meist sogar auf die jeweilige Kirchengemeinde beschränkt. Zahlreiche der in heimatkundlichen Publikationen auffindbaren Vereine wie etwa *Evangelikus Könyvtár Órisziget* (Sigeter Evangelische Bibliothek) oder zahlreiche Chöre und Gesangsvereine existierten eigentlich nur als lose Zusammenschlüsse im Rahmen der lokalen Kirchengemeinde. Andere Vereine der Zwischenkriegszeit wie der *Alsóöri Iparos és Önképző Egylet* (Unterwarther Gewerbe- und Selbstbildungsverein) wurden wegen ihrer Nähe zur Sozialdemokratischen Partei bereits im Jahr 1934 aufgelöst.⁴⁶ Eine Ausnahme bildete in diesem Zusammenhang der *Felsőöri Református Olvasókör* (Der reformierte Oberwarther Lesekreis). Der Verein existiert seit 1889 und ist der älteste Literatur- und Theaterverein des Burgenlandes, der seit damals jährlich ein ungarisches Theaterstück zur Aufführung bringt.⁴⁷ Über sein Schicksal im Jahre 1938 berichtete ein durchreisender ungarischer Gymnasiast, der über die Vorgänge in Oberwart eine Darstellung an das ungarische Außenministerium verfasste.⁴⁸

„Az olvasókört 1889 ben létesítette a református egyház. A mintegy 2000 könyvvel rendelkező olvasókör virágzó életet él, magyar szindarabokat – mintegy ötvenet – táncmulatságokat rendez, 1938 ban a hatóságok azonban azzal, hogy az egyházi iskola – es egyben iskola-olvasóköri termet állami

46 Gemeindearchiv Unterwart, Protokollbuch der Gemeinde Unterwart für das Jahr 1934, S. 112.

47 Felsőöri Református Olvasókör/Der reformierte Oberwarther Leseverein (Hg.): 100 Jahre Reformierter ungarischer Leseverein, Oberwart 1989.

48 MOL, K71 Külügyminisztériumi Levéltár, Külügyminisztérium, A külföldön élő magyar állampolgárok gondozását ellátó osztály, 122. csomó, I/4/1942, (Külföldi magyarok gondozása), Blatt 61–69.

iskolateremmé lefoglalja es a gyűlések tartását betiltja – működését megbénítja, hasonlóképen betiltja a magyar szindarabokat, valamint a már kiplakatirozott és nagy örömmel várt egyetlen magyar filmet, a „Sárga Csikó“ leforgatását. A magyarság es az egyház hosszas utánjárások után kivivta magának az olvasókör további működését es más hijján ma egy átépített pajtában tartja összejöveteleit. A mai magyar élet – amennyiben lehet ezt mondani – szupán erre az olvasókörre szoritkozik.⁴⁹

(Der Leseverein wurde im Jahre 1889 von der reformierten Kirchengemeinde gegründet. Der über insgesamt 2.000 Bücher verfügende Leseverein erfreut sich eines blühenden Lebens und organisiert ungarische Theaterstücke – insgesamt 50 – sowie Tanzveranstaltungen. 1938 aber machen die Behörden sein weiteres Wirken unmöglich, indem sie den Saal der konfessionellen Schule – gleichzeitig auch der Saal des Schul-Lesevereins – als staatlichen Schulsaal beschlagnahmen und die Abhaltung weiterer Vereinssitzungen verbieten, gleichzeitig verbieten sie die ungarischen Theaterstücke und die Vorstellung des bereits ausplakatierten, freudig erwarteten einzigen ungarischen Films „Gelbes Fohlen“. Das Ungarntum und die Kirchengemeinde erkämpften sich nach langen Bemühungen das weitere Fortbestehen des Lesevereins und halten heute ihre Versammlungen in Ermangelung anderer Möglichkeiten in einer umgebauten Scheune ab. Das heutige ungarische Leben ist – soweit man überhaupt davon sprechen kann – auf diesen Leseverein beschränkt.)

Die obige Darstellung findet ihre Bestätigung in den Protokollbüchern der reformierten Oberwarter Kirchengemeinde, in denen bestätigt wird, dass weder der Verein offiziell aufgelöst wurde, noch seine Bibliothek jemals beschlagnahmt wurde. Der Pfarrer der Gemeinde publizierte außerdem 1940 einen Bericht über die Lage der reformierten Kongregation in Oberwart in einer ungarischen Kirchenzeitung, in dem dies bestätigt wurde.⁵⁰ Ein Vermögensentzug wurde vom Verein auch nach 1945 nie behauptet und keinerlei Rückstellung geltend gemacht.

49 MOL, K71 Külügyminisztériumi Levéltár, Külügyminisztérium, A külföldön élő magyar állampolgárok gondozását ellátó osztály, 122. csomó, I/4/1942, (Külföldi magyarok gondozása), Blatt 66–67.

50 Dunántúli Protestáns Lap, 4. 2. 1940.

6.1.2 Ungarischer Kulturverein Graz

In Graz gibt es seit dem 19. Jahrhundert den ungarischen Kulturverein *Grázi Magyar Kultúr Egyesület* (Grazer Ungarischer Kulturverein), der als Sammelbecken des ungarischstämmigen Grazer Bürgertums bezeichnet werden kann. Leider verfügt der Verein über kein eigenes Archiv. Im ungarischen Landesarchiv in Budapest, dem *Magyar Országos Levéltár*, finden sich jedoch unter den Beständen des ungarischen Außenministeriums, genauer in einem Bestand des ehemaligen ungarischen Konsulates in Graz, auch einige Faszikel zur Geschichte dieses Vereins und seines Schicksals in den Jahren 1929 bis 1945.⁵¹ Die Faszikel enthalten eine Mitgliederliste des Vereines für das Jahr 1930 sowie eine Charakteristik der Vereinsaktivitäten. Aus den Dokumenten geht eindeutig hervor, dass der Verein einerseits finanziell kaum über Eigenmittel verfügte und andererseits sehr eng mit dem ungarischen Konsulat in Graz verbunden war. So musste, um die Aktivitäten des Vereines aufrecht erhalten zu können, das Konsulat bereits im Jahre 1938 eine Subvention beim ungarischen Außenministerium in der Höhe von 400 Reichsmark beantragen⁵², die ihm auch genehmigt wurde. Am 18. März 1939 stellte das ungarische Konsulat dem Verein sogar eine eigene Amtsbestätigung aus, aus der seine Mittellosigkeit und die Finanzierung des Vereines durch das ungarische Außenministerium hervor gehen.⁵³

-
- 51 MOL, Külügyminisztérium Levéltár (Archiv des Außenministeriums) külügyminisztériumi levéltár, Grázi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 10 tétel (kulturális ügyek 1929–1944), K119, 13. csomó, 11 tétel, (egyesületi ügyek 1929–1943).
 - 52 Magyar Országos Levéltár (MOL), Külügyminisztériumi Levéltár (Archiv des Außenministeriums) külügyminisztériumi levéltár, Grázi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 11 tétel (egyesületi ügyek 1929–1943), Blatt 7, Brief des Ungarischen Konsulates Graz, Zl. 945/1938, Antwortschreiben des ungarischen Außenministeriums, Zl. 21.257/9.
 - 53 Magyar Országos Levéltár (MOL), Külügyminisztériumi Levéltár (Archiv des Außenministeriums) külügyminisztériumi levéltár, Grázi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 11 tétel, (egyesületi ügyek 1929–1943), Blatt 10. Amtsbestätigung des Königl. Ungarischen Konsulates in Graz, Zl. 453/1939.

„Das kgl. ung. Konsulat in Graz bestätigt, dass der Grazer Ungarische Kulturverein aufgrund des Erlasses des kgl. ung. Ministeriums des Aeusseren vom 3. Juni 1938, Zahl 21.257/9-1938 als Mietzinsbeitrag für das Vereinslokal eine jährliche Subvention von RM. 400.- bezieht.

Weiters wird bestätigt, dass der genannte Verein außer den Einkünften welche er aus den Mitgliedbeiträgen bezieht, und allfälligen einlaufenden Spenden, die aber zur Gänze für wohltätige Zwecke (Weihnachtsbescherung unbemittelter ungarischer Staatsbürger usw.) verwendet werden, keine Einkünfte besitzt.“

Eine Beeinträchtigung der rein kulturellen Aktivitäten der ungarischen Vereine ist nirgends feststellbar. Das Grazer Konsulat organisierte sogar laut einer Mitteilung des Steiermärkischen Landesschulrates vom 6. Oktober 1938 ungarischsprachigen Unterricht an verschiedenen Schulen der Stadt.

„Die Staatslehrerin der ungarischen Sprache Frau Irene von Némethy-Hermann hat dem Landesschulrat bekannt gegeben, dass sie auch im Schuljahr 1938/39, im Auftrag der ungarischen Regierung in Graz unentgeltliche Sprachkurse für Volks- Haupt- und Mittelschüler (-innen), in erster Linie für solche ungarischer Nationalität, abhalten wird.“⁵⁴

Die letzte Mitteilung über die Aktivitäten des Vereines stammt aus dem Jahre 1940. Der Verein hatte nach dieser Darstellung damals rund 70 Mitglieder und konnte nur mit finanzieller Unterstützung des Konsulates in der Höhe von jährlich 200 Reichsmark existieren. Die Gleichschaltung des Vereines tritt im Bericht dieses Jahres bereits deutlich zu Tage, wenn es heißt:

„A háboru utáni általános krízis a mi kis egyesületünk pénzügyi egyensúlyát is veszélyeztette. Így történt aztán 1933 ban, hogy az új tagok toborzásánál a jelentkezők faji származását illetőleg szemet hunytak és zsidók is bekerültek az egyesületbe. Rövid szereplésük az An-

54 MOL, Külügyminisztériumi Levéltár (Archiv des Außenministeriums) külügyminisztériumi levéltár, Grázi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 11 tétel, (egyesületi ügyek 1929–1943), Faszikel „Némethyné“ 1938, Blatt 323–345, Mitteilung des Steiermärkischen Landeschulrates, 6. 10. 1938.

schlusszal véget ért.“ (Die allgemeine Krise der Nachkriegszeit gefährdete auch die finanzielle Ausgeglichenheit unseres kleinen Vereines. So geschah es, dass im Jahr 1933, bei der Anwerbung der neuen Mitglieder die rassische Abstammung der Mitglieder außer Acht gelassen wurde und auch Juden in den Verein gelangten. Ihre kurze Rolle ging mit dem „Anschluss“ zu Ende.)

Über das Verhältnis zu den NS-Behörden heißt es lapidar: „A német hatóságok magatartását talán a „korrekt“ szóval leghjobban jellemezni.“ (Das Verhalten der deutschen Behörden kann vielleicht am besten mit dem Wort „korrekt“ charakterisiert werden.)⁵⁵

6.1.3 Ungarische Studentenvereine

Das ungarische Konsulat in Graz betreute offenbar auch die ungarischen Studenten an den Universitäten in Graz und Innsbruck, wo in der Zwischenkriegszeit eigene ungarische Studentenvereine entstanden waren. Der *Innsbrucki Magyar Egyetemi Hallgatók Egyesülete* (Innsbrucker ungarische Akademischer Verein) wird dabei nur einmal erwähnt⁵⁶, dürfte aber ähnlich strukturiert gewesen sein wie sein Grazer Gegenstück, der 1929 mit 11 Mitgliedern ins Leben gerufene *Grázi Magyar Akadémikusok Egyesülete* (Grazer Ungarischer Akademikerverein).⁵⁷ Laut Protokollbuch des Vereins löste sich dieser am 27. Oktober 1938 bei einer Sitzung im ungarischen Konsulat Graz selbst auf, da nur mehr ein einziges Mitglied übrig geblieben war. Das einzige Vermögen des Vereins, seine Bibliothek, wurde dabei dem *Bécsi Magyar Akadémikusok Egyesülete* (Wiener Ungarischen Aka-

55 MOL, Külügyminisztériumi Levéltár (Archiv des Außenministeriums) külügyminisztériumi levéltár, Grázi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 11 tétel, (egyesületi ügyek 1929–1943), Blatt 357, Darstellung der Vereinsgeschichte 773/1940.

56 MOL, Külügyminisztériumi Levéltár (Archiv des Außenministeriums) külügyminisztériumi levéltár, Grázi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 11 tétel, (egyesületi ügyek 1929–1943), Blatt 129.

57 MOL, Külügyminisztériumi Levéltár (Archiv des Außenministeriums) külügyminisztériumi levéltár, Grázi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 11 tétel, (egyesületi ügyek 1929–1943), Blatt 120–127, Grázi Magyar Akadémikusok Egyesülete, alapszabályok.

demiker Verein) übertragen.⁵⁸ Dieser Verein hatte bereits in den dreißiger Jahren an die 200 Mitglieder in Wien⁵⁹ und war nicht mit dem Verein *Magyarul Beszélő Főiskolai Hallgatók Egyesülete Bécsben* (Verein der Ungarisch sprechenden Hörer Wiener Hochschulen) identisch.

6.1.4 Ungarische Vereine in Wien

Das ausgeprägteste ungarische Vereinsleben gab es in Wien. Die ungarischen Behörden waren über die Vereine der Stadt bestens informiert, denn bereits seit dem 19. Jahrhundert war ein Großteil von ihnen im ungarischen Kulturinstitut „Collegium Hungaricum“ im Palais Trautson angesiedelt gewesen. Da 1938 die Wiener Vereine in einem als *Magyar Ház* (ungarisches Haus) titulierten Gebäude unter der Leitung des Kulturinstitutes zentralisiert werden sollten, gelangten zahlreiche Akten über diese Vereine in die Bestände der ungarischen Botschaft und des späteren ungarischen Konsulates in Wien.⁶⁰ Aus den verschiedenen Akten eines dieser Faszikel⁶¹ lässt sich die politische und finanzielle Situation der meisten ungarischen Vereine recht gut rekonstruieren. Eine Liste der in Wien bestehenden ungarischen Vereine⁶² nennt folgende:

-
- 58 MOL, Külügyminisztériumi Levéltár (Archiv des Außenministeriums) külügyminisztériumi levéltár, Grazi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 11 tétel, (egyesületi ügyek 1929–1943) Protokollbuch des Grazer Ungarischen Akademikervereins, Blatt 140, 1–73, sowie Auflösungsbeschluss des Vereins, Blatt 140,19.
 - 59 MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 7–10.
 - 60 MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 7–10.
 - 61 MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 7–10.
 - 62 MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „Bécsben létező Magyar Egyesületek alapszabályai“.

Bécsi Magyar Egyesület – Wiener Ungarischer Verein
Bécsi Magyar Kaszinó Egyesület – Wiener Ungarischer Kasinoverein
Bécsi Magyar Szövetség – Verband Wiener Ungarn
Bécsi Magyar Iskola Egyesület – Wiener Ungarischer Schulverein
 Allgemeine Vereinigung der ungarischen Staatspensionisten in Wien
Sz. István Egylet – Sankt Stephan Verein
Bécsi Magyar Akadémikusok Egyesülete – Wiener ungarischer Akademiker Verein

Eine zweite in den Akten befindliche Liste aus dem Jahre 1925 vervollständigt, in Beantwortung einer Anfrage des ungarischen Außenministeriums⁶³, das Bild:

Magyarországi Munkások es Alkalmazottak Segély Egylete – Hilfsverein der Arbeiter und Angestellten aus Ungarn
Magyar Gazdasági es Társadalmi Egyesület – Ungarischer Wirtschafts- und Geselligkeitsverein
 Austro-Ungarische Handelskammer⁶⁴
Első Floridsdorfi Magyar Munkás Egyesület – Erster Floridsdorfer Ungarischer Arbeiterverein

Zwar verfügten einige Vereine über zahlreiche prominente und wohlhabende Mitglieder, wie etwa der *Bécsi Magyar Szövetség* (Verband Wiener Ungarn), ein Verein mit 450 Mitglieder der besten Gesellschaft, vor allem aus dem ungarischen Hochadel, oder der *Bécsi Magyar Kaszinó Egylet* (Wiener Ungarischer Kasino Verein), der laut dem Bericht der Generalversammlung vom 1. März 1927 über ein Vermögen von 1.000,66 Schilling und ein Gründungsvermögen in Wertpapieren von 384.120 Kronen in ungarischen Staatsanleihen sowie Kriegsanleihen⁶⁵ verfügte. Dessen Gründungsmit-

63 MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Fökonzulátus, 553. csomó, Bécsi Magyar Egyesületek általában, 30. 5. 1925, Blatt 24.

64 Der 1922 gegründete Verein der ungarischen Handelskammer dürfte seine Tätigkeit 1929 eingestellt und nur noch auf dem Papier existiert haben.

65 MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Fökonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egylet stb.“ Blatt 10/1–8. Bécsi Magyar Egyesületek általában, 30. 5. 1925.

glieder zahlten 1928 insgesamt 21.300 Schilling ein⁶⁶ und der Verein besaß laut einer Wahlversammlung vom 18. Mai 1933 ein Vermögen von 7.145,89 Schilling⁶⁷. Die meisten der ungarischen Vereine Wiens wiesen aber selbst in der Zwischenkriegszeit kein nennenswertes Vermögen auf. So hatte etwa der *St. István Egylet* (Sankt Stephan Verein) laut Jahresbericht 1928 kein eigenes Vermögen und verfügte nur über Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Wohltätigkeitsveranstaltungen, 1928 betrug der Kassenrest 4.812,59 Schilling.⁶⁸ Der Kassastand des *Floridsdorfi Első Magyar Társalgó Egyesület* (Erster Ungarischer Geselligkeitsverein Floridsdorf) betrug am 23. Februar 1932 magere 534,88 Schilling. Der *Bécsi Magyar Iskolaegyesület* (Wiener Ungarischer Schulverein) wurde bereits im Jahre 1925 vom ungarischen Außenministerium mit monatlich 250–300 Schilling unterstützt.⁶⁹ Auch der *Bécsi Magyar Akadémikusok Egyesülete* (Wiener ungarischer Akademiker Verein) besaß kein Vermögen, lebte von Spenden anonymer Personen und verfügte über ein Monatsbudget von 600 Schilling.⁷⁰

Auf Grund der schlechten finanziellen Situation der Wiener ungarischen Vereine kam es, angeregt durch das ungarische Kulturinstitut „Collegium Hungaricum“, im Jahre 1937 zur Gründung eines Dachverbandes *Bécsi Magyar Egyesületek Központja* (Zentrum der Wiener Ungarischen Vereine), dessen Vorstand von der Botschaft beziehungsweise

66 Bécsi Magyar Egyesületek általában, 30. 5. 1925, MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“ Blatt 15/10.

67 Bécsi Magyar Egyesületek általában, 30. 5. 1925, MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 38.

68 Bécsi Magyar Egyesületek általában, 30. 5. 1925, MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 33–34.

69 Bécsi Magyar Egyesületek általában, 30. 5. 1925, MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 39–41. Magyar Kir. Követség Bécs 16518/1925.

70 Bécsi Magyar Egyesületek általában, 30. 5. 1925, MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 69

vom Konsulat dominiert wurde und in dem die damals noch bestehenden neun Vereine zusammengeschlossen wurden.⁷¹ Es waren dies

*Nyukosz Wien*⁷²

Bécsi Magyar Kaszinó Egyesület

Bécsi Magyar Szövetség

Bécsi Magyar Iskola Egyesület

Allgemeine Vereinigung der ungarischen Staatspensionisten in Wien

St.István Egylet

Bécsi Magyar Akadémikusok Egyesülete

Bécsi magyar nyelvű főiskolai hallgatók egyesülete

Magyar Gazdasági es Társadalmi Egyesület

Floridsdorfi Első Magyar Egylet

Die zentrale Behörde für die Gleichschaltung der in Österreich besonders zahlreichen Vereine bildete die nach dem Anschluss geschaffene Dienststelle des Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände. Nach einer Überprüfung der Vereinsstatuten und Vereinsfinanzen machte der Stillhaltekommissar den Weiterbestand des Vereines in der Regel von mehreren Voraussetzungen abhängig, nämlich dem Ausschluss so genannten „nichtarischer“ Mitglieder, der Verankerung des „Führerprinzips“ in den Vereinsstatuten sowie der Installierung einer politisch genehmen Vereinsleitung. Durch die Einziehung sämtlicher Vereinsvermögen der durch den Stillhaltekommissar aufgelösten Vereine, wurde die Einrichtung in Österreich zu einem der zentralen Instrumente der Beraubung und gezielten Aneignung großer Vermögenswerte.⁷³ Am 28. September 1938 führte das

71 Bécsi Magyar Egyesületek általában, 30. 5. 1925, MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 2.

72 Dabei handelte es sich um eine Art Kameradschaftsbund pensionierter ungarischer Militärangehöriger.

73 Siehe dazu allgemein Verena Pawlowsky, Edith Leisch-Prost, Christian Klösch: Vereine im Nationalsozialismus. Vermögenszug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisation und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945. Vereine, Stiftungen und Fonds im Nationalsozialismus 1 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 21/1) Wien-München 2004.

Zentrum dann unter der Leitung hoher ungarischer diplomatischer Vertreter, Ministerialrat Dr. Jenő Kartal und Oberst Aladár Lonszky, offiziell die Verhandlungen mit dem zuständigen Referatsleiter des Stillhaltekommissars, Albert Hoffmann. Das Zentrum schlug in diesem Gespräch vor, dass seine Mitgliedsvereine „sich in einem Verband zusammen schließen können, beziehungsweise in einen Verband eingehen, in dessen Rahmen die einzelnen Vereine als eigene Sektionen angehören würden, /.../ und verkündet die Auflösung der Vereine: Magyar Gazdasági és Társadalmi Egyesület, Bécsi magyar nyelvű főiskolai hallgatók egyesülete und Bécsi Magyar Kaszinó Egyesület.“ Der Verein der ungarischen Pensionisten hält laut ungarischen Vertretern nur ad hoc Treffen ab „und verfügt über keine Finanzgebarung“, der Wiener Ableger des Budapester Vereines *Nyukosz* war in Österreich nicht als Verein angemeldet.

Der Vertreter des Stillhaltekommissar stellte fest, dass alle Vereine Rechtspersonen darstellten und am besten als solche in den bestehenden Dachverband eintreten und dies auch in ihren Statuten ausweisen müssten. Außerdem schlug Kartal die Auflösung der Austro-ungarischen Handelskammer vor, weil für deren Weiterbestehen keine Voraussetzungen und Notwendigkeit mehr bestünde. Laut Auskunft des Stillhaltekommissars hatte dieser den Vertreter der Handelskammer bereits vorgeladen und dieser habe auch die sofortige Auflösung zugesagt.⁷⁴ Das aktive Barvermögen des Vereins wurde vom Stillhaltekommissar eingezogen und laut Schlussbericht vom 25. 11. 1938⁷⁵ wurde das Vereinvermögen dergestalt aufgeteilt, dass die eine Hälfte in der Höhe von 261,62 Reichsmark dem im ungarischen Generalkonsulat ansässigen Sankt Stephansverein überwiesen wurde, die andere Hälfte dem Stillhaltekommissar. Eine Subvention der ungarischen Regierung in der Höhe von 991,92 Reichsmark wurde dieser rücküberwiesen, über die Möbel des Vereins einigte man sich auf eine Weiterverwendung durch die Deutsch-Ungarische Gesellschaft; eine Lösung

74 MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Fökonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület srb.“ Blatt 2, Blatt 11, Bécsi Magyar Egyesületek Központja.

75 Schlussbericht des Stillhaltekommissars vom 25. 11. 1938, ÖStA AdR, STIKO, Kt. 626, 35F-Mappe 1–10.

ganz „...im Sinne der Wünsche des Kgl. Ung. Generalkonsulates ...“, für die sich der Vertreter der ungarischen Regierung, Dr. Jenő Kartal, in einem abschließenden Schreiben herzlichst bedankte.⁷⁶

Selbstverständlich bedeutete dies die Gleichschaltung der Vereine, das heißt den Ausschluss aller „nichtarischen“ Mitglieder, die Einführung des Führerprinzips und die Genehmigung der Leitungspersonen durch den Stillhaltekommissar. Das Zentrum bestand bis 1945 und gab für seine Mitglieder ein ungarischsprachiges Mitteilungsblatt namens *Értesítő*⁷⁷ heraus. Die 1938 so zentralisierten Vereine wurden nicht aufgelöst und existierten in der oben beschriebenen Form ebenfalls bis 1945. So organisierte der Wiener Ungarische Schulverein noch im Sommer 1944 Ferienaufenthalte für die Kinder seiner Mitglieder in Ungarn.⁷⁸

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass von den ungarischen Vereinen, die 1938 in Wien und im Burgenland noch existierten und die im Laufe des Jahres 1938 in die Kulturorganisation des ungarischen Kulturinstitutes eingegliedert wurden, nach 1945 keinerlei Vermögensentzug geltend gemacht wurde. Die meisten dieser Vereine scheinen bereits zu Beginn des Jahres 1938 nur mehr mit finanzieller Unterstützung des ungarischen Außenamtes lebensfähig gewesen sein.

76 Schreiben des Königlich Ungarischen Generalkonsulates in Wien an den Stillhaltekommissar für Vereine, Verbände und Organisationen vom 18. 12. 1938, ÖStA AdR, STIKO, Kt. 626, 35F-Mappe 1–10.

77 MOL, Külügyminisztériumi Levéltár (Archiv des Außenministeriums), Grázi magyar konzulátus iratai (Schriften des ungarischen Konsulates Graz), K119, 13. csomó, 10 rétel (kulturális ügyek 1929–1944) Blatt 357, Schreiben Zl.170/1943.

78 MOL, K81, Külügyminisztériumi Levéltár, Bécsi Követség és Főkonzulátus, 553. csomó, „1944 – Egyleti ügyek: Bécsi Magyar Egyesületek, Szent István Egyesület stb.“, Blatt 69.

7. VERFOLGUNG VON EINZELPERSONEN

Fallbeispiel Julius Illés, Oberwart

Eine Verfolgung auf Grund ungarisch-nationaler Einstellung kann im Kreise der in Oberwart verfolgten und verurteilten Aktivisten des antifaschistischen Widerstandes nur für Julius Illés argumentiert werden, jedoch ist dies auch hier von seiner Verfolgung als prononciert katholischer, klerikal-konservativer Anhänger des Ständestaates nicht zu trennen. Julius Illés wurde laut seiner eigenen Darstellung – nach zahlreichen Verleumdungen und Vorwürfen seitens der Kreisleitung Oberwart der NSDAP – am 5. August 1939 in das Anhaltelager Frauenberg in der Obersteiermark eingeliefert, verlor seinen Arbeitsplatz als Buchhalter bei der Volksbank Oberwart und wurde mit seiner Frau und seinem Kind aus seiner Oberwarter Wohnung vertrieben.⁷⁹ In der Einweiseverfügung des Oberwarter Landrates vom 5. August 1939 wurde Julius Illés „asoziale Veranlagung“ vorgeworfen und bezüglich seiner Anhaltung folgendes verfügt:

„Die Dauer der Anhaltung bleibt der Lagerleitung Frauenberg überlassen; es wird jedoch schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß für den Fall, daß eine Anhaltung ohne jeden positiven, das heißt Besserung zeigenden Erfolg sein oder das Verhalten im Lager nicht entsprechend sein sollte, die anschließende Weiteranhaltung, dann aber in Dachau, verfügt werden kann und zutreffendenfalls auch verfügt werden wird.“⁸⁰

Am 1. Dezember 1939 wurde Illés mit einem Urteilschein des Lagers Frauenberg bis „auf weiteres“ entlassen. Nach seiner Freilassung arbeitete er in Oberwart als Hilfsarbeiter und suchte 1944 wieder um eine Zulassung als Helfer in Steuersachen an, was jedoch von der Kreisleitung abgelehnt wurde. Am 15. Oktober 1944 wurde er abermals, und zwar mit der Begründung, er sei ein ungarischer Spion, verhaftet, aber noch am selben Tag wieder freigelassen.

79 BLA, Opferfürsorgeakten, Zl. 2567/57 Illés Julius, Antrag auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung, 22. 12. 1952.

80 BLA, Opferfürsorgeakten, Zl. 2567/57 Illés Julius, Verfügung des Landrat des Kreises Oberwart – Fürsorgeamt, 5. 8. 1939.

Sein Antrag auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung wurde vom Bundesministerium für Soziale Verwaltung am 11. Februar 1952 abgewiesen, „mangels eines Nachweises nach dem OFG 1947 als anspruchsbegründend anzusehenden Tatbestandes“⁸¹, ebenso seine Berufung dagegen im Jahre 1954, wobei jedoch nun weitere Erhebungen wegen der von Illés behaupteten politischen Verfolgung angeordnet werden. Erst am 24. November 1954 wurde ihm ein Opferausweis zuerkannt⁸² und im 1957 auch eine Haftentschädigung in der Höhe von 2.156 Schilling.⁸³ Illés empfand den Betrag als empörend niedrig und forderte in seiner Berufung, der freilich niemals stattgegeben wurde⁸⁴, einen Betrag von 40.000 Schilling, den er als Entschädigung für seinen Verdienstentgang und seine Verfolgung für angemessen hielt.

-
- 81 BLA, Opferfürsorgeakten, Zl. 2567/57 Illés Julius, Bundesministerium für Soziale Verwaltung, Zl. 403-OF/53, 11. 2. 1953.
- 82 BLA, Opferfürsorgeakten, Zl. 2567/57 Illés Julius, Bescheid Zl.VIII-2782/6/1954, 24.11.1954.
- 83 BLA, Opferfürsorgeakten, Zl. 2567/57 Illés Julius, Bescheid der Burgenländischen Landesregierung, Zl. 2567/10- 1954, 22. 7. 1957.
- 84 BLA, Opferfürsorgeakten, Zl. 2567/57 Illés Julius, Bescheid des Bundesministeriums für soziale Verwaltung Zl. IV-102.921-21/57, 14. 11. 1957.

8. VERMÖGENSENTZUG ZU GUNSTEN ÖFFENTLICHER VORHABEN

Fallbeispiel Reformierte Kirchengemeinde Oberwart

Wie alle konfessionellen Schulbauten des Burgenlandes wurde auch das Schulgebäude der reformierten Volksschule in Oberwart 1938 inklusive der Lehrerwohnung beschlagnahmt und von der Landesregierung als Schulgebäude für die öffentliche Schule in Verwendung genommen.⁸⁵ Laut einer Mitteilung der Schulbehörden des Gaues Steiermark stand es der Kirchengemeinde ab 1939 zu, dafür eine Miete in Rechnung zu stellen. Eine Enteignung der Gebäude erfolgte nicht und wurde nach 1945 von der Kirchengemeinde auch nie behauptet.

Behauptet wurde eine Enteignung von Seiten der reformierten Kirchengemeinde nach 1945 jedoch für eine 1940 an die Stadtgemeinde Oberwart veräußerte Liegenschaft.⁸⁶ Laut Protokollbuch der reformierten Kirchengemeinde kommentierte das damalige Presbyterium den Vorgang äußerst pointiert und zynisch:

„Das Presbyterium sieht die Notwendigkeit des auf höheren Befehl abgeschlossenen Vertrages ein, und da der Kaufpreis auch amtlich vorgeschrieben wurde, billigt es den Kaufvertrag mit einstimmiger Begeisterung.“⁸⁷

Der als Kaufvertrag titulierte Vorgang dürfte dann doch nicht so einstimmig zustande gekommen sein, denn die betroffenen Liegenschaften der EZ 920 des Grundbuches Oberwart⁸⁸ wurden am 2. Dezember 1940 auf Antrag der Stadtgemeinde Oberwart per Bescheid enteignet⁸⁹ und der Kirchengemeinde dafür eine Entschädigung in der Höhe von 31.283,90

85 Gustav Reingrabner: Zur Identität des burgenländischen Protestantismus, in: Gerhard Baumgartner, Eva Müllner, Rainer Münz (Hg.): Identität und Lebenswelt, Eisenstadt 1989, S. 133–144.

86 Imre Gyenge: Die evangelische Pfarrgemeinde HB Oberwart, in: Trieber, Die Obere Wart, S. 431–457.

87 Protokollbuch der reformierten Kirchengemeinde Oberwart, 17. 11. 1940.

88 Grundstücksnummern 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905 und 906 der EZ 920 des Grundbuches Oberwart.

89 Urkundensammlung des Grundbuchs Oberwart, TZ 331/42.

Reichsmark zugesprochen. Betroffen von der Enteignung war auch ein weiteres Grundstück der EZ 2214 des örtlichen Grundbuchs. Zwar versuchte die Kirchengemeinde nach 1945, diese enteigneten Grundstücke wieder zurückzubekommen, doch scheiterten ihre Rückstellungsanträge⁹⁰ nach dem Zweiten Rückstellungsgesetz unter Hinweis auf die Enteignung im Zuge öffentlicher Bauvorhaben und der amtlichen Feststellung der Entschädigungssumme⁹¹ endgültig im Jahre 1960. Im Jahre 1963 wurde für die Liegenschaft, eine 1940 als „Südtirolersiedlung“ gebaute Wohnhausanlage, das Eigentumsrecht für die Republik Österreich einverleibt.⁹²

Eine Benachteiligung der Reformierten Kirchengemeinde auf Grund ihrer ausgeprägt kulturellen und sprachlichen ungarischen Orientierung lässt sich aus den Vorgängen jedoch nicht erkennen. Entschädigungsansprüche der burgenländischen Kirchengemeinden bezüglich der entzogenen Schulgebäude zwischen 1938 und 1945 wurden später von den Vertretern der Kirchen global mit der burgenländischen Landesregierung ausverhandelt, ob aber diese Enteignung darunter fällt, darf bezweifelt werden.

90 Urkundensammlung des Grundbuchs Oberwart, TZ 2525/51, TZ 895/57.

91 Urkundensammlung des Grundbuchs Oberwart, TZ 2333/60.

92 Urkundensammlung des Grundbuchs Oberwart, TZ 2193/63.

9. ZUSAMMENFASSUNG

Vermögensentzug gegenüber ungarischsprachigen Vereinen und Einzelpersonen hat es im Zuge der Verfolgungsmaßnahmen in Einzelfällen wohl gegeben, aber in keinem der Fälle ist eine Verfolgung primär aus Gründen der Zugehörigkeit zu dieser Sprachminderheit oder einer Betätigung für und in ungarischen Organisationen erkennbar.

In der Politik gegenüber der ungarischsprachigen Minderheit spielten diplomatische und außenpolitische Überlegungen, wie zum Beispiel das Verhältnis zum Königreich Ungarn oder die Lage der ungarndeutschen Minderheit, eine bedeutende Rolle. Im Burgenland waren die Angehörigen der ungarischen Sprachgruppe – im Vergleich zur kroatischen Sprachgruppe – kaum organisiert, vor allem aber nicht in politisch ausgerichtete Zentralverbände integriert. Viel burgenländische Ungarn waren schon seit den frühen dreißiger Jahren Mitglieder der illegalen NSDAP, die nicht nur keine anti-ungarische Politik verfolgte, sondern im Zuge der „Anschluss“-Kundgebungen sogar Veranstaltungen in ungarischer Sprache abhielt. Andererseits waren die 1938 noch existierenden ungarischen Vereine in den Städten Wien und Graz bereits finanziell weitestgehend vom ungarischen Kulturinstitut beziehungsweise den finanziellen Unterstützungen des ungarischen Außenministeriums abhängig. Eine Abwicklung oder ein Vermögensentzug bei diesen Vereinen wurde – in Absprache mit dem Stillhaltekommissar – durch eine formale Eingliederung unter die Schirmherrschaft des ungarischen Kulturinstitutes 1938 abgewehrt. Auch das Vermögen eines der wenigen formal unabhängigen ungarischen Vereine im Burgenland, des Oberwarter Reformierten Lesekreises, wurde nicht entzogen, auch wenn der Verein vielleicht in seinen Aktivitäten behindert wurde.

Zu einem Vermögensentzug in der Form von Enteignung eines Teils des Grundbesitzes kam es bei der reformierten Kirchengemeinde Oberwart. Da dies im Zuge und zum Zwecke eines öffentlichen Bauvorhabens geschah, wurde eine Rückstellung auch mit dem Hinweis auf die ausbezahlte Entschädigungssumme abgewiesen.

Zu einer Schädigung durch Verdienstentgang kam es im Falle des prononcierten pro-magyarischen Beamten und Vertreter des Ständestaates, Julius Illés aus Oberwart. Zwar wurde ihm im Rahmen der Opferfürsorge eine Haftentschädigung zuerkannt, seine Ansprüche auf Verdienstentgang

aber abgewiesen. Er ist der einzig dokumentierte Fall, in welchem eine politische Verfolgung auch wegen seiner prononciert pro-ungarischen Haltung argumentiert werden könnte.

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

AdR	Archiv der Republik
AVA	Allgemeins Verwaltungsarchiv
BLA	Burgenländisches Landesarchiv
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
EZ	Einlagezahl
Hg.	Herausgeber
K	Karton
MOL	Magyar Országos Levéltár (Ungarisches Staatsarchiv)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
Red.	Redaktion
TZ	Tagebuchzahl
Zl.	Zahl

Quellenverzeichnis

Archiv des ORF – Landestudios Burgenland
 Burgenländisches Landesarchiv, Opferfürsorgeakten
 Burgenländisches Landesarchiv, Entnazifizierungsakten
 Burgenländisches Landesarchiv, Akten der Bezirkshauptmannschaften
 Oberwart und Oberpullendorf
 Österreichisches Staatsarchiv (Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände)
 Ungarisches Staatsarchiv Budapest (Bestände der ungarischen Konsulate
 Graz und Wien sowie der ungarischen Botschaft Wien, Archiv des Außen-
 ministeriums)
 Dokumentensammlung der Grundbücher Oberwart und Oberpullendorf
 Protokollbücher und Archiv der Reformierten Kirchengemeinde Oberwart
 Archiv des Wiener Ungarischen Schulvereines
 Gemeindearchiv Unterwart/Alsóór
 Gemeindearchiv Rotenturm an der Pinka

Literaturverzeichnis

- Amt der burgenländischen Landesregierung (Landesarchiv) (Hg.): Verzeichnis der burgenländischen Ortsnamen. Mit Angabe der deutschen, kroatischen und ehemaligen magyrischen Formen zusammengestellt von Karl Semmelweis, Eisenstadt 1954.
- Bán András D., László Diószegi u.a. (Hg.): Magyarok kissebségben és szórványban. A Magyar Miniszterelnökség Nemzetiségi és Kisebbségi Osztályának válogatott iratai, Budapest 1995.
- Baumgartner Gerhard: Der Anschluß 1938 und seine Folgen für die ungarischsprachigen Bevölkerungsschichten des Burgenlandes, in: Avguštin Malle und Valentin Sima (Hg.): Der Anschluss und die Minderheiten in Österreich/Anšlus in manjšine v Austriji, Klagenfurt 1989, S. 260–281.
- Baumgartner Gerhard: Kurze Geschichte des ungarischsprachigen Unterrichtswesens im Burgenland. Österreichisches Kulturinstitut (Hg.), Budapest 1986.
- Baumgartner Gerhard: Der nationale Differenzierungsprozess in den ländlichen Gemeinden des südlichen Burgenlandes, in: Andreas Moritsch (Hg.): Vom Ethnos zur Nation. Der nationale Differenzierungsprozess am Beispiel ausgewählter Orte in Kärnten und im Burgenland (=Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 18) Wien 1991, S. 93–155.
- Baumgartner Gerhard: 6 x Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen, Klagenfurt 1995.
- Baumgartner Gerhard: Ungarn in Wien, in: Peter Eppel (Red.): Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien. (=Katalog zur Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Bd. 217) Wien 1996, S. 125–129.
- Baumgartner Gerhard, Florian Freund et al. (Hg.): Roma und Sinti im Burgenland 1945–2001. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien 2001.
- Baumgartner Gerhard, Anton Fennes, Harald Greifender, Stefan Schinkovits, Gert Tschögel, Harald Wendelin: „Arisierung“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen 3: Burgenland (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 17/3) Wien-München 2004.

- Burgenländische Heimat 9/14, 29. 9. 1923.
- Burgenländische Freiheit 7/51, 16. 12. 1927.
- Burgenländisches Landesarchiv (Hg.): Verzeichnis der burgenländischen Ortsnamen in deutscher, ungarischer, kroatischer und Roman-Sprache. Zusammengestellt und bearbeitet von Johann Seedoch, Eisenstadt 2001.
- Deák Ernő: Die Ungarn in Wien: eine unsichtbare Volksgruppe? in: Ethnische Gruppen in der Bundeshauptstadt Wien. integratio XV, Wien 1982, S. 115–132.
- Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945, Wien 1979.
- Felsőőri Református Olvasókör/Der reformierte Oberwarter Leseverein (Hg.): 100 Jahre Reformierter ungarischer Leseverein, Oberwart 1989.
- Freund Florian, Gerhard Baumgartner, Harald Greifender: Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti. Nationale Minderheiten im Nationalsozialismus 2 (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 23/2) Wien-München 2004
- Gáál Károly: Kire marad a kisködmön?/Wer erbt das Jankerl? Szombathely 1985.
- Gold Hugo: Gedenkbuch der untergegangenen Judengemeinden des Burgenlandes, Tel Aviv 1970.
- Gyenge Imre: Die evangelische Pfarrgemeinde HB Oberwart, in: Ladislaus Triber (Hg.): Die Obere Wart, Oberwart 1977, S. 431–457.
- Leser Ludwig: Zehn Jahre Burgenland, in: Burgenländische Freiheit II/20, 15. 5. 1931.
- Mayerhofer Claudia: Die Kultur der Zigeuner im Burgenland. Lage und Lebensweise der Roma von der Ersten Republik bis zur Gegenwart, Diss., Wien 1982.
- Moritsch Andreas (Hg.): Vom Ethnos zur Nation. Der nationale Differenzierungsprozeß am Beispiel ausgewählter Orte in Kärnten und im Burgenland. (=Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 18) Wien 1991.
- Mühl Dieter: Die Roma von Kemetten, Oberwart 1999.
- Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1876, Wien 1876.
- Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1900, Wien 1901.

- Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1914, Wien 1914.
- Oberwarther Sonntagszeitung 59/15, 17. 4. 1938.
- Parr Adolf: Das burgenländische Volksschulwesen im ersten Jahrzehnt der Zugehörigkeit zu Österreich, Wien-Leipzig 1931.
- Pawlowsky Verena, Edith Leisch-Prost, Christian Klösch: Vereine im Nationalsozialismus. Vermögensentzug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisation und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945. Vereine, Stiftungen und Fonds im Nationalsozialismus 1 (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 21/1) Wien-München 2004.
- Reingrabner Gustav: Zur Identität des burgenländischen Protestantismus, in: Gerhard Baumgartner, Eva Müllner, Rainer Münz (Hg.): Identität und Lebenswelt, Eisenstadt 1989, S. 133–144.
- Samer Helmut: Die Roma von Oberwart, Oberwart 2001.
- Schinkovits Stefan: Formen „Ethnischer Säuberung“ im Burgenland in der Zeit von 1938–1945, Dipl.Arb., Wien 1995.
- Schlag Gerald: Oberwart nach 1848, in: Ladislaus Triber (Hg.): Die Obere Wart, Oberwart 1977, S. 257–274.
- Seper Károly: Alsóór történetéből. Írások, emlékek és szájhagyomány, Unterwart/Alsóór 1988.
- Somogyi László: Die burgenländischen Magyaren in geographischer Sicht, Diss., Graz 1966.
- Spitzer Schlomo (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Juden im Burgenland, Bar Ilan 1993.
- Suppan Arnold: Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien-München 1983.
- Szépfalusi István: Lássátok, halljátok egymást!, Wien 1980.
- Tilkovsky Loránt: Kálmán Imre: a világhírű bécsi magyar operettszerző és az Anschluß, in: Holocaust Füzetek, 1999/13. S. 35–41.
- Tobler Felix, Johann Seedoch, Nikolaus Bencsics: Die Geschichte des Schulwesens der burgenländischen Kroaten, in: Stefan Geosich (Hg.): Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten, Wien 1986, S. 144–177.
- Triber Ladislaus (Hg.): Die Obere Wart, Oberwart 1977.

Umlauf Friedrich: Die österreichisch-Ungarische Monarchie. Geographisch-statistisches Handbuch, Wien 1987.

Wagner Leopold: Die zahlenmäßige Entwicklung der Völker Österreichs 1846–1910, Brünn 1915.

Vermögensentzug
bei burgenländischen
Kroaten

von Stefan Schinkovits

1. AKTENLAGE UND QUELLENMATERIAL

Im nachfolgenden Bericht wird versucht, eine Aufstellung über die Vermögenszüge bei der Volksgruppe der Burgenländischen Kroaten in der Zeit von 1938–1945, also während des NS-Regimes, zu geben.

Das vorhandene Aktenmaterial über die Burgenländischen Kroaten und Kroatinnen ist sehr gering. Als aufschlussreich erwies sich ein Artikel von Gerald Schlag¹. Schlag arbeitet darin das vorhandene Aktenmaterial auf und bewertet die Haltung des NS-Staates gegenüber der kroatischen Minderheit im Burgenland.

Für die vorliegende Publikation relevant erwies sich die Durchsicht der Urkundensammlung im Bezirksgericht Eisenstadt. Darin finden sich die Aufzeichnungen über die Vermögenszüge von kirchlichen Stiftungen. In einigen betroffenen Gemeinden bzw. Pfarngemeinden konnte der Entzug von Vermögen nicht verifiziert werden. Zur Frage des Vermögenszugs bei Vereinen finden sich Unterlagen in den Beständen des Stillhaltekommissars im Österreichischen Staatsarchiv, Archiv der Republik, die aber zur Thematik wenig aussagekräftig sind. Zum Vermögenszug bei Privatpersonen konnten keine schriftlichen Aufzeichnungen gefunden werden. Daher war es erforderlich, zusätzlich Zeitzeugeninterviews durchzuführen. Hier handelt es sich allerdings um keine Tiefeninterviews, sondern fast ausschließlich um Recherchegespräche. Sämtliche relevanten Aussagen wurden in den Text eingearbeitet.

2. DIE VOLKSGRUPPE DER BURGENLÄNDISCHEN KROATEN

Während ihrer Kriegszüge von 1529 bis 1532 eroberten die Türken weite Teile von Bosnien, Dalmatien und Kroatien. Die Kroaten flüchteten auf Grund der kriegerischen Handlungen in ihrer Heimat in die zum Teil durch die Türkenkriege und die anhaltende Agrarkrise entvölkerten Gebiete nach Niederösterreich, Westungarn, Mähren und in die West-

1 Gerald Schlag: Neuer Anfang, in: In: Stefan Geosits (Hg.): Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten. Wien 1986.

slowakei. Es kann davon ausgegangen werden, dass bereits ab dem Ende des 15. Jahrhunderts, sicher aber vor dem Jahr 1515, kroatische Siedler im Gebiet des heutigen Burgenlandes ansässig wurden. Ab diesem Jahr sind bereits vereinzelt in der Herrschaft Eisenstadt Untertanen mit kroatischen Familiennamen anzutreffen.²

Die Wanderung der burgenländischen Kroaten erfolgte in mehreren Etappen. Die Hauptwelle erfolgte in den Jahren 1533 bis 1545. In dieser Zeit kam der Hauptteil der Kroaten der Herrschaften Hornstein, Eisenstadt, Forchtenstein, Güns und Güssing. Die Kroaten der Herrschaften Rechnitz, Schläining und Rotenturm kamen erst nach 1540.³

Diese Besiedlung geriet Ende der achtziger Jahre des 16. Jahrhunderts allmählich ins Stocken und fand dann im wesentlichen ihr Ende. Nach vorsichtigen Schätzungen wird man für das Gebiet des heutigen Burgenlandes etwa 20.000 bis 25.000 kroatische Siedler annehmen dürfen.⁴

Bei den ansässig gewordenen Kroaten handelte es sich fast ausschließlich um Bauern. Das Kultur- und Geistesleben der kroatischen Gemeinden war über Jahrhunderte gänzlich von der katholischen Kirche geprägt. Die Abgeschlossenheit der kroatischen Gemeinden bewahrte bzw. schuf eine gewisse ethnische Identität. Dazu kommt noch, dass bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die ungarische Grundherrschaft auf die Volkssprache der Kroaten keinen Einfluss ausübte.⁵ Die Minderheit der Kroaten verfügte im Burgenland nie über ein größeres geschlossenes Siedlungsgebiet. Trotz dieser für die Minderheit ungünstigen Siedlungsstruktur blieb die Sprache der burgenländischen Kroaten bis heute erhalten. Konflikte mit anderen Volksgruppen im Burgenland wie Ungarn oder Roma sowie mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung sind nie ernsthaft entstanden.

Die Gestaltung des Unterrichts in der frühen Periode des kroatischen Schulwesens blieb in hohem Maße dem zuständigen Ortspfarrer als gleich-

2 Felix Tobler: Herkunft und Wanderung, in: Die burgenländischen Kroaten, S. 15.

3 Ebd., S. 17.

4 Ebd., S. 19.

5 Andrea Kaiser: Zweisprachigkeit in der Familie – am Beispiel der kroatischen Minorität im Burgenland, Dipl.Arb., Salzburg 1990. S. 9.

zeitigem Lokaldirektor bzw. dem Schulmeister überlassen. Vor 1750 gab es keine allgemeingültigen kirchlichen oder staatlichen Vorschriften bezüglich der Lehrerausbildung.⁶

Später bildeten das Nationalitätengesetz aus dem Jahr 1868 und die Lex Apponyi aus dem Jahr 1907 für die Volksgruppe der Kroaten die Grundlage des Schulwesens.⁷ Der daraus resultierende Magyarisierungsdruck wurde nach dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich 1921 wieder außer Kraft gesetzt.⁸ Erst 1937 wurde ein Landesgesetz im Burgenland erlassen, das die schulischen Angelegenheiten der kroatischen Volksgruppe regelte. Dieses Landesgesetz wurde aber wenig später vom nationalsozialistischen Landeshauptmann Tobias Portschy am 12. September 1938 mit einer Verordnung aufgehoben.⁹ Das burgenländische Schulwesen wurde neu geregelt, und die Schulen aus der Obliegenheit der Kirche herausgenommen. Durch diese Neuregelung wurden auch die nachstehend beschriebenen Stiftungen geändert. An vielen Minderheitenschulen im Burgenland wurde das Kroatische aus dem Lehrplan gestrichen. Jene Lehrer und Priester, die sich für die kroatische Muttersprache eingesetzt hatten, wurden zwangsversetzt, verfolgt, gemäßregelt und eingeschüchtert. Die Minderheitenpolitik der Nationalsozialisten lief auf eine vorläufige Duldung mit dem Ziele einer raschen Assimilation hinaus.¹⁰

-
- 6 Nikolaus Bencsics: Geschichte des Schulwesens, in: Die burgenländischen Kroaten, S. 157.
 - 7 Ungarische Reichsgesetzsammlung für das Jahr 1907, Budapest. 1907 erschien dieses Gesetz, das vom Lehrer soviel Unterricht in Ungarisch verlangte, dass sich die Schüler nach Abschluss der vierten Schulstufe in Wort und Schrift ausdrücken können. Durch das Apponyische Gesetz wurde die kroatische Unterrichtssprache zurückgedrängt.
 - 8 Bencsics, Geschichte des Schulwesens, S. 159f.
 - 9 Verordnungsblatt für den Amtsbereich des Landeshauptmannes des Burgenlandes Jg. 1938/2 (12.IX.1938).
 - 10 Bencsics, Geschichte des Schulwesens, S. 163.

2.1 Die burgenländischen Kroaten nach dem „Anschluss“

Während der NS-Zeit lebten im Burgenland etwa 35.000 Personen, die sich zur kroatischen Volksgruppe bekannten. Während bei der Volkszählung 1934 noch 40.151 Personen kroatisch als Mutter- bzw. Umgangssprache angaben, waren es bei der Volkszählung 1939 um etwa 4.000 weniger.¹¹ Dieser Rückgang muss wohl als nationalpolitische Anpassung an das NS-Regime und dessen Germanisierungsdruck gedeutet werden.¹²

Das Schicksal der Volksgruppe der Kroaten zwischen 1938 und 1945 ist mit anderen Volksgruppen in Österreich kaum – außer vielleicht mit den Ungarn im Burgenland – vergleichbar. Das Verhältnis der nationalsozialistischen Herrschaft zu den Kroaten stellte sich wesentlich anders dar, als etwa zu den Kärntner Slowenen. Burgenländische Kroaten betätigten sich vor 1938 in allen politischen Lagern, so auch bei den Nationalsozialisten. Schlag stellt dazu fest: „Einer geschickten NS Propaganda gelang es erstaunlich gut, im Nationalsozialismus den Begriff Sozialismus mit seiner ganzen Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung besonders hervorzuheben, den deutschen Nationalismus jedoch zumindest nicht als Gefahr für die Kroaten hinzustellen.“¹³

Während in der kroatischen Wochenzeitung *Hrvatske Novine* Ende Jänner 1938 der Nationalsozialismus als „Feind der sich in die Dörfer schleiche und die Jugend verführe“ bezeichnet wurde, änderte sich die politische Einstellung des Blattes binnen Tagen grundlegend. In der Ausgabe vom 19. März 1938 hieß es bereits „auch wir Kroaten begrüßen den Führer als unseren Kanzler und versprechen ihm, treu seinen Zielen zu dienen, die er für die Heimat gesteckt hat.“¹⁴

Vor der Volksabstimmung vom 10. April 1938 umwarben die neuen Machthaber die ethnischen Minderheiten. Der Reichskommissar für die

11 Amt der burgenländischen Landesregierung (Hg.): Die Bevölkerungsentwicklung im Burgenland zwischen 1923 und 1971, Eisenstadt 1976, Tabellenteil, S. 293.

12 Norbert Darabos: Zwischen Tradition und Assimilation, in: Grenzfall Burgenland, Großwarasdorf 1991, S. 193.

13 Schlag, Neuer Anfang, S. 204.

14 *Hrvatske Novine* (Kroatische Wochenzeitung) 19. III. 1938, S. 1.

Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel, erklärte vor einer Abordnung der burgenländischen Kroaten, „daß das nationalsozialistische Deutschland die nationale Minderheit so behandeln wird, wie es wünscht, daß die deutschen Minderheiten in anderen Staaten behandelt werden“.¹⁵ Ebenso versprach der Landeshauptmann/Gauleiter des Burgenlandes Tobias Portschy bei einer Kundgebung in Eisenstadt am 2. April 1938, „daß den Kroaten und Ungarn alle Rechte gesichert seien und die Behandlung dieser Minderheiten beispielgebend für Europa sein werde.“¹⁶

Bald nach dem „Anschluss“ begann das Amt der Burgenländischen Landesregierung, die „Minderheitenfragen“ zu koordinieren. Mit Erlass vom 1. August 1938¹⁷ wurde in Eisenstadt eine Volkstumsstelle errichtet, die über das Volkstums- und Grenzlandamt beim Landeshauptmann für das Burgenland unter anderen der Volksdeutschen Mittelstelle unterstellt war. In sachlicher Hinsicht stand die Volkstumsstelle unter der Leitung des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten, Abteilung II, in Wien. Die Volksdeutsche Mittelstelle beschäftigte sich mit ethnischen Minderheiten im Reich, organisierte ab 1939 die Umsiedlung von Volksdeutschen in das Reich und untersuchte unter anderem auch die Eindeutschungsfähigkeit von Ausländern. Andererseits oblag der Volksdeutschen Mittelstelle die Ausschaltung des „schädigenden Einflusses von volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten“.¹⁸

Mit der Leitung der Volkstumsstelle Eisenstadt wurde Regierungsrat Paul Eitler betraut. Er sollte „den Vorgängen im Leben der nichtdeutschen Volksgruppen“ seine „größte Aufmerksamkeit“ schenken; Beobachtungen waren „unverzüglich an die Volkstumsstelle Eisenstadt zu berichten.“¹⁹

15 Zit. nach Schlag, Neuer Anfang. S. 205.

16 Ebd.

17 Schreiben des Reichsstatthalters in Österreich an die Landeshauptmannschaft für das Burgenland, 1. 8. 1938, DÖW Akt Nr. 12.542.

18 Hans Buchheim: Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobson, Helmut Krausnick: Anatomie des SS-Staates, München 1994, S. 206.

19 Privatsammlung Felix Tobler, Burgenländisches Landesarchiv. Nicht katalogisiert.

Während die Kärntner Slowenen rasch beträchtlichem Germanisierungsdruck ausgesetzt waren,²⁰ blieb die Haltung des NS-Regimes gegenüber den Kroaten ambivalent. 1939 berichtete der Sicherheitsdienst (SD) der SS zur Lage der Minderheiten:

„Von seiten der zuständigen deutschen Dienststellen vertrete man bis heute hinsichtlich der zukünftigen Haltung den Kroaten gegenüber noch keine einheitliche Linie. So wurde z. B. bei einem parteiamtlichen Vortrag über Rasse und Volksgesundheit in Ober-Pullendorf die Ansicht vertreten, daß die Kroaten blutsmäßig abzulehnen seien und eine Vermischung mit ihnen vermieden werden müsse. Demgegenüber äußerten sich andere Dienststellen der Partei, der HJ und des Staates dahingehend, dass das Kroatentum blutsmäßig wertvoll sei und stützen ihre Ansicht auf eine Weisung aus Berlin, wonach die Kroaten besonders zu erfassen wären. In den Meldungen wird betont, daß durch die verschiedenen Meinungen der zuständigen Deutschen Dienststellen bisher nicht möglich war, eine klare Richtung in der Kroatenfrage zu vertreten.“²¹

Auch im Sprachgebrauch der NS-Bürokratie fanden diese Diskussionen ihren Niederschlag. So wurde in einem Kaufvertrag über eine „arisierter“ Liegenschaft in Sauerbrunn angemerkt: „Die Käufer sind deutschen bzw. kroatischen, also artverwandten Blutes.“²²

Zu einer systematischen Verfolgung – wie etwa bei den Kärntner Slowenen – kam es bei Burgenländischen Kroaten nicht. Dennoch wurde in der Sprachenfrage versucht, auf die Angehörigen der kroatischen Minderheit Druck auszuüben. Der „autoritäre Ständestaat“ hatte 1937 eine Verstärkung des kroatischen Muttersprachenunterrichts eingeführt. Zur Rücknahme dieser Förderung des Kroatischen wurden nach dem „An-

20 Vgl. dazu das im Auftrag der Historikerkommission durchgeführte Forschungsprojekt von Augustin Malle, Alfred Elste, Brigitte Entner, Boris Jesih, Valentin Sima, Heidi Wilscher: Vermögensentzug, Rückstellungen und Entschädigung am Beispiel von Angehörigen der slowenischen Minderheit und ihrer Verbände und Organisationen. Nationale Minderheiten im Nationalsozialismus 1 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 21/1), Wien-München 2004.

21 BA, Berlin-Lichterfelde, R 58/153.

22 Urkundensammlung Bezirkshauptmannschaft Mattersburg, TZ 2684/38.

schluss“ in einigen Gemeinden Unterschriftenaktionen für einen verstärkten Deutschunterricht durchgeführt.²³ Dazu wurde unter anderem empfohlen, jene Lehrer, die den Unterricht in kroatischer Sprache förderten, zu versetzen.²⁴

Die Zagreber Zeitung *Obzor* kommentierte diese Entwicklung besorgt: „Wie bekannt ist, haben die burgenländischen (Gradischtaner) Kroaten anlässlich der Volksabstimmung nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland in ihrer überwältigenden Mehrheit mit ‚JA‘ gestimmt, in der Hoffnung, dass ihr Schulwesen und die Pflege der Volkssprache in der Kirche und im Unterricht in jenem bescheidenen Ausmass, das dieser ruhig und politisch loyalen Minderheit von ungefähr 50.000 Seelen stets anerkannt wurde, bewahren könne. Jetzt erfahren wir jedoch, dass eine Aktion zwecks Liquidierung der kroatischen Schulen im Gange ist, in der Weise, dass von der Bevölkerung der einzelnen Dörfer gefordert wird, dass sie dies selbst verlangen, und von den kroatischen Lehrern wird gefordert, dass sie selbst um ihre Versetzung in deutsche Schulen ansuchen. Dies alles soll schon bis zum 1. September durchgeführt werden.“²⁵

Nach einem Bericht der Volkstumsstelle Eisenstadt waren Anfang September 1938 im Bezirk Eisenstadt noch immer 40 Lehrer an kroatischen Schulen tätig.²⁶ Die NS-Behörden trachteten jedoch, in den zweisprachigen Gemeinden der NSDAP nahestehende Lehrer zu beschäftigen. Am 28. August 1941 wurden der Volkstumsstelle von der Kreisleitung Eisenstadt 19 Volksschullehrer aus dem Bezirk genannt, die in der NSDAP oder ihren Gliederungen mitarbeiten. Detailliert wurden Namen, Daten und Funktionen angeführt.²⁷

23 *Obzor*, 25. 8. 1938, BA Koblenz, R 59/20/50.

24 Burgenländisches Landesarchiv, Regierungsarchiv IV-A-1298/1938.

25 Schlag, *Neuer Anfang*, S. 208.

26 Bericht Nr. 1 der Volkstumsstelle Eisenstadt, 8. 9. 1938, IV-A-1298/1938.

27 Schreiben des Kreisgeschäftsführers Hauste in der Kreisleitung Eisenstadt an die Volkstumsstelle Eisenstadt und an das Volkstums und Grenzlandamt in Wien. Kopie des Schreibens befindet sich im Besitz des Autors, aus dem Nachlass Fritz Robak.

Radikalere Veränderungen gab es im Bereich der außerschulischen Jugenderziehung. So wie allgemein nach dem „Anschluss“²⁸ wurden die katholischen Organisationen, die in den kroatischen Gemeinden eine besonders hohe Mitgliederzahl hatten, auch in den zweisprachigen Gemeinden Zug um Zug in ihrer Tätigkeit eingeschränkt und schließlich verboten; an ihre Stelle trat die weltanschauliche Erziehung in der Hitler Jugend.²⁹ Da in allen Fällen weder ein Verein registriert war, noch Vereinsvermögen bestand und sich die Mitglieder zumeist in Räumlichkeiten der Pfarren getroffen hatten, konnte den Vereinen auch kein Vermögen entzogen werden.

Das kroatische Kulturleben wurde einerseits von der katholischen Kirche, andererseits sehr stark von verschiedenen Vereinen oder – besser gesagt – Gruppierungen getragen. Zur Frage des Vermögensentzuges musste daher das Vereinsvermögen der verschiedenen kroatischen Organisationen vorrangig in die Forschung einbezogen werden. Sämtliche untersuchten Vereine verfügten aber über kein oder nur geringes Vermögen. Der kulturelle Wert ihrer Tätigkeit für die kroatische Volksgruppe ist demgegenüber aber hoch zu bewerten. Wegen der vielen kroatischen Pendler aus dem Burgenland befand sich in vielen Fällen der Vereinssitz in Wien. Allerdings stellte sich heraus, dass viele der von ihren Mitgliedern so genannten „Vereine“ nicht offiziell als solche bei der Vereinsbehörde registriert gewesen waren.

28 Vgl. dazu Verena Pawlowsky, Edith Leisch-Prost, Christian Klösch: Vereine im Nationalsozialismus. Vermögensentzug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisation und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945. Vereine, Stiftungen und Fonds im Nationalsozialismus 1 (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 21/1), Wien-München 2004.

29 Schlag, Neuer Anfang, S. 209.

3. ZUR FRAGE DES VERMÖGENSENTZUGS IN DER NS-ZEIT

3.1. Stiftungen

Mit der Verordnung von Landeshauptmann Portschy vom 12. September 1938 wurde das konfessionelle burgenländische Schulwesen neu geregelt. Obschon das Eigentum an Gebäuden, Grundstücken und Inventar nicht angetastet wurde, mussten die konfessionellen Schulen ihre Gebäude und Einrichtungen, wie Lehrmittelsammlungen oder Büchereien, für Zwecke der allgemeinen öffentlichen Schulen zur Verfügung stellen. Außerdem wurde die Trennung des Kantordienstes vom Schuldienst angeordnet.³⁰

Im Zuge der Beseitigung der konfessionellen Schulen wurden auch dazugehörige Stiftungen aufgelöst. Die in weiterer Folge angeführten Vermögensverluste bei Stiftungen betrafen jene in kroatischen Pfarren, deren Nutznießer ausdrücklich Kroaten waren oder deren Stiftungsertrag der kroatischen Bevölkerung zu Gute kam. Die Auflösung dieser Stiftungen kann also als Vermögensentzug an der kroatischen Volksgruppe gewertet werden.

3.1.1. Schulbücherstiftung für arme Kinder an der röm.-kath. Volksschule in Wulkaprodersdorf³¹

Am 5. Juli 1939 wurden die Rechtsbefugnisse der Schulbücherstiftung für arme Kinder „neu geordnet“: Der Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände³² verfügte, dass die Stiftung als Rechtsperson erhalten blieb, der Stiftbrief aber „im Sinne der nationalsozialistischen Grundsätze“ ausgerichtet werden musste, ohne die Stiftungszwecke „im

30 Hans Peter Zelfel: Die katholische Kirche, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945, Wien 1979, S. 111f.

31 Urkundensammlung, Bezirksgericht Eisenstadt, TZ 2857/40.

32 Zuschrift des Stillhaltekommissars vom 27. 6. 1939, ÖStA AdR, STIKO Aktenzeichen Lfd. Reg.Nr.XXIV-33-7870, Sachgebiet IV A e, Akt Nr. 50/865; Zur Funktion des Stillhaltekommissars siehe Pawlowsky et al.

wesentlichen“ zu verändern. Die Stiftung sollte unter der neuen Bezeichnung Schulbücherstiftung für arme Kinder in Wulkaprodersdorf von der Gemeinde Wulkaprodersdorf verwaltet werden. Erträge aus der Stiftung durften ausschließlich „arischen“ Kindern zukommen.

Gespeist wurde die Stiftung aus den Pachteinnahmen aus zwei Äckern³³, die seit 1935 im Eigentum der katholischen Pfarrkirche Wulkaprodersdorf gestanden waren. Am 16. August 1940 wurde auf Grund der Verfügung des Stillhaltekommissars im Grundbuch als neue Eigentümerin die von der Gemeinde übernommene Schulbücherstiftung eingetragen.

Über die Frage der Eigentumsrechte beziehungsweise das Verwaltungsorgan der Stiftung bestehen nach wie vor Auffassungsunterschiede zwischen der politischen Gemeinde Wulkaprodersdorf³⁴ und der Pfarrkirche Wulkaprodersdorf. Erst im Zuge der gegenständlichen Forschungsarbeit wurden die Verantwortlichen der politischen Gemeinde sowie der Pfarrgemeinde mit diesem Vermögenstransfer konfrontiert.

3.1.2 Stiftung zu Gunsten des Kantorlehrers an der röm.-kath. Volksschule in Siegendorf³⁵

Auf Antrag des Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände wurde die Stiftung aufgelöst. Deren Vermögen bestand aus einer Liegenschaft (zwei Äcker mit insgesamt 15.738 m²) in der Katastralgemeinde Siegendorf³⁶ im Wert von ungefähr 4.000 Reichsmark, die der Gemeinde Siegendorf im Mai 1939 eingewiesen wurden.

Im Mai 1952 wurden die beiden Grundstücke der Stiftung zu Gunsten des Kantorlehrers an der röm.-kath. Pfarrkirche zu Allerheiligen in Siegendorf übertragen.

33 EZ 11 Wulkaprodersdorf, Grundstücksnummer 2/1 Acker im Ortsried und Grundstücksnummer 3 Acker im Ortsried.

34 Auskunft Oberamtmann Ferdinand Wutschitz Wulkaprodersdorf.

35 Urkundensammlung, Bezirksgericht Eisenstadt, TZ 1310/39.

36 EZ 15 Siegendorf, Grundstücksnummer 602 mit 6895m², Acker in Benetka und Grundstücksnummer 603 mit 8843m², Acker in Benetka.

3.1.3. Stiftung zu Gunsten der Volksschule Oslip³⁷

Ähnlich wie in Wulkaprodersdorf wurde die Gemeinde Oslip erst durch diese Forschungsarbeit darauf aufmerksam, Nutznießerin der Stiftung zu Gunsten der Volksschule Oslip zu sein. Die Stiftung zu Gunsten der Volksschule Oslip wurde im Juni 1939 mit Bescheid des Stillhaltekommissars aufgelöst³⁸. Die Stiftung war Eigentümerin einer Wiese mit 12.870 m² in der Katastralgemeinde Oslip³⁹, deren Wert mit ungefähr 2.500 Reichsmark angegeben wurde. Das Grundstück wurde der Gemeinde Oslip mit der Auflage eingewiesen, dessen Erträge weiterhin Schulzwecken zu widmen.

Seither sind im Grundbuch für diese Wiese keine weiteren Eigentumsänderungen feststellbar. Nach Auskunft des Amtmannes von Oslip, Herbert Michalits, blieb das Grundstück nach 1945 im Eigentum der Gemeinde und wurde als Schulwiese bezeichnet. Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre wurde das Grundstück parzelliert und an Privatpersonen verkauft. Das Gebiet der Möncherwiese, später Schulwiese, trägt heute die Bezeichnung Wiesengasse.

3.1.4. Kantorlehrerstiftung an dem röm.-kath. Schulstuhl in Klingenbach⁴⁰

Die Stiftung, die Äcker mit 11.067 m²⁴¹ im Wert von ungefähr 1.850 Reichsmark besaß, wurde vom Stillhaltekommissar aufgelöst⁴² und das Grundstück am 18. April 1940 der Gemeinde Klingenbach übertragen, die dessen Ertrag „für zusätzliche Armenfürsorge“ verwenden sollte.

37 Urkundensammlung, Bezirksgericht Eisenstadt, TZ 963/40.

38 Antrag des Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände in Wien vom 27. Juni 1939, Aktenzeichen Lfd.Reg.No.XXIV-34-7875, Sachgebiet IV A e, Akt No. 50/860.

39 EZ 7, Oslip, Gr. Nr. 458; Wiese in Möncherweide 12870 m².

40 Urkundensammlung, Bezirksgericht Eisenstadt, TZ 4111/54.

41 EZ 8 Grundbuch Klingenbach: Grundstücksnummer. 1250, Acker in untere Wiesenäcker (pod travniki) mit 86 m² und Grundstücksnummer. 1436, Acker in Waldäcker (ravna loza) mit 10 981 m².

42 Antrag des Stillhaltekommissars Lfd.Reg.No.XXV-16-8054, Sachgebiet IV A e, Akt No.50/812.135 Urkundensammlung, Bezirksgericht Eisenstadt, TZ 3093/40.

Am 18. November 1954 wurde das Rückstellungsverfahren eingeleitet und auf Grund des Erkenntnisses der Rückstellungskommission beim LG für Zivilrechtssachen Wien vom 20. Dezember 1954 wurde das Eigentumsrecht an den Äckern für die Apostolische Administratur Burgenland (Diözese Eisenstadt) einverleibt. Mit Rückgabevertrag vom 1. September 1970 kamen die Grundstücke an die römisch-katholische Pfarrkirche zum heiligen Jakobus in Klingenbach.

3.1.5. Schulbücherstiftung an der röm.-kath. Volksschule in Klingenbach⁴³

Die Stiftung wurde vom Stillhaltekommissar am 24. April 1939 aufgelöst⁴⁴. Ihr Vermögen im Wert von ungefähr 400 Reichsmark (Acker mit 6.500 m²)⁴⁵ wurde der Aufbaufonds-Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mbH. übergeben und von dieser am 17. Juni 1940 an einen Privaten weiterverkauft.

3.2. Vereine

3.2.1. Der Kroatische Kulturverein

Der wichtigste, in Wien und Eisenstadt aktive kroatische Verein zur Zeit des „Anschlusses“ war der kroatische Kulturverein. Dieser verfasste Ende 1939 eine Denkschrift an das Reichsministerium für Inneres, um die Mindestforderungen der kroatischen Volksgruppe einzumahnen.⁴⁶ In einer Replik des Ministeriums wurde die Hälfte der Ortsgruppen des Kulturvereins politisch ungünstig und als Quelle des passiven Widerstands beschrieben. Von der kroatischen Intelligenz wurde angenommen, dass sie zu

43 Urkundensammlung, Bezirksgericht Eisenstadt, TZ 3093/40.

44 Antrag des Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände in Wien vom 24. April 1939, Sachgebiet IV A e, Akt. Nr. 27/53-57.

45 EZ 14 Klingenbach, Grundstücksnummer. 1435 Acker in Waldäcker (ravna loza) mit 6500 m².

46 Die Denkschrift in DÖW Akt Nr. 2888.

den Gegnern des Nationalsozialismus zählte.⁴⁷ Trotz dieser durch die Nationalsozialisten wenig positiven Beurteilung wurde der Verein nicht aufgelöst. Bis 1942 gab der kroatische Kulturverein die Wochenzeitung *Hrvatske Novine* heraus, die aber dann wegen Papiermangels eingestellt werden musste. Laut Aussagen und Nachforschungen des heutigen Chefredakteurs der *Hrvatske Novine*, Peter Tyran, verfügte der Kroatische Kulturverein weder in Eisenstadt noch in Wien über Vereinsvermögen.

3.2.2. Kroatische Kulturvereine in Kleinwarasdorf, Unterpullendorf, Nebersdorf, Großwarasdorf

Die Kulturvereinigungen in den jeweiligen kroatischen Ortschaften wurden vom Stillhaltekommissar freigestellt.⁴⁸ So wie andere freigestellte Vereine behielten die kroatischen Vereine ihre formale Selbständigkeit. Das – ohnehin geringe – Vermögen durfte nur für „Mitglieder im Gebiete der Ostmark“ verwendet werden. Die Satzungen mussten auf das „Führerprinzip“ umgestellt und der „Arierparagraph“ musste eingeführt werden. Die Ernennung des Vereinsleiters war von der schriftlichen Zustimmung des „zuständigen Hoheitsträgers der NSDAP“ abhängig.

Für die genannten Vereine wurde eine einmalige Verwaltungsgebühr von zusammen 20 Reichsmark eingehoben. Diese niedrige Gebühr lässt darauf schließen, dass die Kulturvereine de facto über kein Vermögen verfügten.

3.2.3 Kroatische Musikvereine in Nebersdorf, Kleinwarasdorf, Großwarasdorf, Unterpullendorf, Baumgarten

Ebenso wie mit den Kulturvereinen wurde mit diversen Musikvereinen verfahren. Wenn die vom Stillhaltekommissar vorgeschlagenen Richtlinien erfüllt wurden, konnten die Vereine ihre Tätigkeit weiterführen.

Mit Sammelschlussbericht vom 24. Juni 1939 wurden der Gesangsverein *Radost*, Nebersdorf, der Männergesangsverein in Kleinwarasdorf, der

47 Richard Klucsarits: Die Kroaten, in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 342f.

48 ÖStA AdR, STIKO Wien, Karton 630.

Männergesangsverein Harmonie in Großwarasdorf, der Gesangsverein *Bratinstlav* in Unterpullendorf, der Gesangsverein *Radost* in Baumgarten und der Musikverein *Tamburica* in Unterpullendorf freigestellt.⁴⁹

3.2.4. Tamburizzavereine in Oslip, Neuberg, Unterpullendorf

In einigen kroatischen Gemeinden des Burgenlandes wurden Tamburizzavereine aufgefordert, ihre Instrumente abzuliefern. Der Tamburizzaverein Neuberg musste die Instrumente am Gendarmerieposten St. Michael abgeben, sie wurden beschlagnahmt und sind seither verschollen.

Die Tamburizzagruppe Unterpullendorf⁵⁰ hätte die Instrumente bei der Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf abzugeben gehabt. Die Instrumente wurden aber in einer Strohrtriste („*rakaš*“) versteckt. Als nicht mehr nach den Instrumenten gefragt wurde, konnten sie wieder geborgen werden und haben so die NS-Zeit überdauert.

In Oslip mussten die Instrumente im Gemeindeamt abgeliefert werden. Dort wurden die Instrumente nach Angaben von Zeitzzeugen von ortsfremden Personen zerstört.⁵¹

3.2.5. So genannte kroatische Vereine in Wien

In den dreißiger Jahren und auch nach dem „Anschluss“ trafen Kroaten aus dem Burgenland einander zur Brauchtumspflege in Wien. Es gab Gesangsvereine und Tamburizzagruppen, die in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen Proben durchführten. Diese Gruppierungen wurden zwar von ihren Mitgliedern als Vereine bezeichnet, waren jedoch nie offiziell als Vereine geführt oder registriert.

Die Gesangs- und Tamburizzagruppen hielten ihre Treffen⁵² ausschließlich in Gasthäusern ab, wie beispielsweise in der Schauflergasse, der

49 Bericht der Abwicklungsstelle an die Landeshauptmannschaft Niederdonau, ÖStA AdR, STIKO Wien, Kt. 917 Büro Schmid. Schriftwechsel Polizei (1–7,38–38, div. Abteilungen).

50 Mündliche Auskunft, Jurica Csenar, Oslip.

51 Mündliche Auskunft, Jurica Csenar, Oslip.

52 Mündliche Auskunft, Prof. Ferri Szuczich, Eisenstadt.

Bräunerstrasse und in der Dorotheergasse sowie im Gasthaus Matzinger im 4. Bezirk oder in einer Gaststätte im 17. Bezirk. Vereinslokale oder Vereinsvermögen gab es nicht. Die so genannte „Vereinstätigkeit“ war mit Kriegsbeginn zu Ende, erinnert sich Prof. Ferri Szucsich, der eine Tamburizzagruppe leitete: „Alle mußten einrücken“.

3.3. Privatpersonen

Zu Vermögenszug bei Privatpersonen auf Grund der Zugehörigkeit zur kroatischen Volksgruppe ist es nicht gekommen. Es finden sich in den gesichteten Aktenbeständen dazu keine Hinweise. Zu erwähnen wäre allerdings der engagierte Aktivist der kroatischen Volksgruppe, Rudolf Klaudus. Er war 1923 Mitbegründer der Zeitschrift *Hrvatske Novine*, studierte in Zagreb und war ab 1926 als Hauptschullehrer im Burgenland tätig. 1936 wurde Klaudus zum Schulinspektor für das kroatische Schulwesen ernannt. Seit 1933 war er Mitglied der Vaterländischen Front. Am 12. März 1938 wurde Klaudus in „Schutzhaft“ genommen, danach aus dem Schuldienst entlassen. Ihm wurde jede berufliche und nebenberufliche Betätigung auf dem Gebiet der bildenden Künste untersagt. Nach Auskunft seines Schwiegersohnes Dr. Ivan Müller erhielt Klaudus in der NS-Zeit eine kleine Rente. Dr. Ivan Müller selbst erlebte die letzten Kriegswochen als Partisan. Ab 1943 kämpften Dutzende burgenländische Kroaten bei der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee. Müller ist aber kein Fall von Vermögenszug bei Partisanen oder deren Angehörigen bekannt.⁵³

Widerstand gegen das NS-Regime ging in vorsichtiger Weise gerade vom kroatischen Klerus aus. Es gab zwar keine organisierte ethnisch-nationale Widerstandsgruppe im Burgenland, jedoch waren auffallend viele Priester in Opposition zum NS-Regime. Aus diesem Grund wurde eine nicht unbeträchtliche Zahl von Pfarrern bespitzelt.⁵⁴

In diesem Zusammenhang besonders zu nennen ist Pfarrer Mate (Matthias) Semeliker. Semeliker, geboren 1910 in Wulkaprodersdorf, war unter anderem in Kaisersdorf, Sigleß und Neudorf bei Parndorf tätig. Am

53 Mündliche Auskunft, Dr. Ivan Müller, Eisenstadt.

54 BA, Berlin-Lichterfelde, R 58/185; Schreiben der Volkstumsstelle Eisenstadt, DÖW Akt Nr. 12.232.

13. Oktober 1941 wurde er von der Gestapo in Eisenstadt erstmals verwarnt und gezwungen, binnen einem Monat seine Pfarre in Kaisersdorf zu verlassen. Am 16. Juni 1942 erfolgte eine neuerliche Vorladung, diesmal zur Gestapo in Graz.⁵⁵ Am 9. März 1943 wurde Semeliker wegen staatsfeindlicher Betätigung verhaftet, da er in seiner vorherigen Pfarre in Neudorf für die Beibehaltung des zweisprachigen Unterrichts (in Deutsch und Kroatisch) eingetreten war. Er wurde ins KZ Dachau deportiert, wo er bis zur Befreiung 1945 blieb.⁵⁶ Ein Vermögensentzug bei Semeliker ist nicht anzunehmen. Auch Nachforschungen im Grundbuch ergaben keinen Hinweis darauf.⁵⁷

Johann Kovacic, Kleinbauer aus Neudorf bei Parndorf, wurde Ende 1944 in das KZ Mauthausen deportiert, wo er Ende März 1945 verstarb. Dem Kroaten Kovacic wurden Kontakte zu kommunistischen Widerstandszellen nachgesagt, was von vielen Zeitzeugen verneint wird. Allerdings behaupten heute noch viele Menschen in Neudorf, Kovacic sei verhaftet worden, weil er sich weigerte, der Wehrmacht sein Fuhrwerk zur Verfügung zu stellen.⁵⁸ Als Soldaten (es werden auch junge HJ-Angehörige genannt) ihm Pferd und Wagen wegnehmen wollten, soll Kovacic in unverständlichem Deutsch geantwortet haben: „die Ruß san mia liaba) als euer Krieg“. Als zweite Variante geben Zeitzeugen an, Kovacic soll gesagt haben: „de Ruß gib i nit her“ daraus sollen die Soldaten abgeleitet haben: „Die Russen kommen hierher“. Mit „Ruß“ meinte er die Rösser, die Soldaten hingegen glaubten an eine politische Provokation. Ein diese Aussagen der Zeitzeugen bestätigender Beleg konnte allerdings nicht gefunden werden. Außer dem Fuhrwerk soll Kovacic aber kein Vermögen entzogen worden sein.

In den Reihen der inhaftierten und ermordeten Widerstandskämpfer finden sich noch mehrere Personen, die der kroatischen Volksgruppe an-

55 Schreiben von Semeliker an die Apostolische Administratur Burgenland, 14. 10. 1941 und 17. 6. 1942, DÖW Akt Nr. 12.794.

56 Jurica Csenar (Hg.): Bog u Dahavi, Zeleznó/Eisenstadt 1988, S. 20.

57 Grundbuch der Gemeinden Wulkaprodersdorf und Oslip, Bezirksgericht Eisenstadt.

58 Zum Schicksal von Kovacic: mündliche Auskunft Ernestine Martincics, Neudorf bei Parndorf, und Mag. Peter Huissa, Wien.

gehörten. Allerdings stand ihre Haft oder die Verurteilung in keinem Zusammenhang mit der kroatischen Volksgruppe. Sie wurden wegen politischer Aktivitäten verfolgt.

3.4. Beschlagnahmte Pfarrbücher

Ab 1942 befassten sich rassekundliche Untersuchungen mit der Kroatenfrage. Bei diesen Untersuchungen sollte der „deutsche Blutanteil“ der kroatischen Bevölkerung des Burgenlandes näher untersucht und die „Eindeutschungsfähigkeit“ der Kroaten geklärt werden.⁵⁹ Dazu wurden vor allem Kirchenbücher der kroatischen Pfarren des Burgenlandes beschlagnahmt und in einer Kartei ausgewertet. Diese Kartei hätte der Anlage von Familienbüchern, Dorfsippenbüchern und Stammtafeln dienen sollen. Einige Pfarrer verwehrten den Zutritt zu den Kirchenbüchern – so etwa in Frankenau und Pama. Im Juli 1942 kamen die Apostolische Administratur Burgenland und die Arbeitsgemeinschaft für Sippenforschung und Sippenpflege über die Verkartung der Kirchenbücher überein. Ab Mai 1944 wurden die Untersuchungen kriegsbedingt eingestellt.⁶⁰

Die zur Erfassung der kroatischen Bevölkerung herangezogenen Pfarrbücher wurden den Pfarren nicht mehr zurückgestellt, sondern ins Diözesanarchiv nach Eisenstadt gebracht. Nach eingehender Begutachtung kommt der Leiter des Diözesanarchivs Dr. Hans Peter Zelfel zum Schluss, dass alle Pfarrbücher retourniert wurden.⁶¹

59 Schreiben an Pg. Burri, Gauleitung Niederdonau, Gaugrenzlandamt, BLA, Iid-6-56-1942.

60 Schreiben an Hans Hießberger, Gausachbearbeiter f. Sippenkunde im NSLB, BLA, XII 2-81-1941.

61 Mündliche Auskunft Dr. Hans Peter Zelfel, Diözesanarchiv Eisenstadt.

4. BEZIEHUNGEN DER BURGENLÄNDISCHEN KROATEN ZU JUGOSLAWIEN BZW. ZUM UNABHÄNGIGEN STAAT KROATIEN

In der Zwischenkriegszeit bestanden durchaus gute Verbindungen der burgenländischen Kroaten zu Jugoslawien. Zahlreiche Burgenländer studierten in Kroatien. 1933 gründete Mate Ujevic mit einer Anzahl Gleichgesinnter in Zagreb den Verein der Freunde der burgenländischen Kroaten mit dem Zweck, die burgenländischen Kroaten moralisch und materiell zu unterstützen. Dieser Verein hatte in einigen anderen kroatischen Städten starke Sektionen.⁶² Enge Beziehungen unterhielten auch viele Pfarrer des Burgenlandes zum Klerus in Kroatien.

Der „Anschluss“ führte zu einer Zäsur in den Kontakten zu Kroatien. Die kroatische Presse beobachtete die Entwicklung im Burgenland mit Sorge. Laut des SD des Reichsführers SS schrieb die in Zagreb erscheinende Zeitung *Hrvatski Narod* unter dem Titel „Kroaten in der Fremde“ über die Lage der burgenländischen Kroaten in der Kriegszeit: „Unsere völkische Minderheit in Deutschland, im Burgenland, erlebt, auf sich allein gestellt und vorläufig von ihrer südlichen Heimat sich selbst überlassen, die schwersten Zeiten ihres Daseins“.⁶³

Propagandistisch vorbereitet durch eine heftige Pressekampagne⁶⁴ über angebliche Vergehen an der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien marschierten am 5. April 1941 deutsche Truppen in Jugoslawien ein. Mit diesem Schritt kamen die Beziehungen der burgenländischen Kroaten mit dem neu entstandenen „Unabhängigen Staat Kroatien“ gänzlich zum Erliegen. Am 13. April 1943 erklärte der eben aus dem Exil in Italien zurückgekehrte Poglavnik Ante Pavelic gegenüber Vertretern der SS, dass er „überhaupt keine Außenpolitik zu führen gedenke“.⁶⁵

62 Schlag, Neuer Anfang, S. 244.

63 BA, Lichterfeld, R58/350 Bericht SD 19.2.1940.

64 Völkischer Beobachter v. 2., 3., 4., 5., 7. April 1941.

65 Holm Sundhausen: Der Ustascha-Staat: Anatomie eines Herrschaftssystems, in: Österreichische Osthefte, Jahrgang 37. Wien 1995. S. 499.

Im Sommer 1941 tauchte im Burgenland der Plan auf, die burgenländischen Kroaten rückzusiedeln. Diese Idee entstand in Kreisen der Führung des eben entstandenen „Unabhängigen Staates Kroatien“. Dieser Plan wurde in Berlin und in weiterer Folge bei den Reichsstatthaltern der betroffenen Gaue Niederdonau und Steiermark vorgelegt. Allerdings dachte kaum jemand daran, eine solche Aktion mitten im Krieg auch nur in Erwägung zu ziehen. Selbst im „Rasse- und Siedlungshauptamt SS“ maß man der Angelegenheit keine große Bedeutung bei.⁶⁶ Obwohl der Burgenland-Umsiedlungsplan „streng vertraulich“ lief und schließlich nie in den Bereich einer ernsthaften Realisierung kam, sickerten bald Gerüchte in die kroatischen Dörfer durch und lösten verständliche Unruhe aus.⁶⁷

Viele burgenländische Kroaten wurden, als Angehörige der Deutschen Wehrmacht, an die Balkanfront verlegt, wo sie in erster Linie als Dolmetscher dienten. Aber „auch in den Reihen der Titopartisanen kämpften burgenländische Kroaten. Sei es, dass sie aus antifaschistischer Einstellung die Front gewechselt hatten, sei es, dass sie, nachdem sie in Gefangenschaft geraten waren, von den Partisanen als Dolmetscher angeworben wurden.“⁶⁸

Im Burgenland selbst wurde in der „Kroatenfrage“ nichts entschieden. Im Juni 1943 meldete der SD über die kroatische Volksgruppe im Burgenland: „Die günstige Entwicklung des Umvolkungvorganges, der sich ohne behördlichen oder sonstigen Zwang vollzieht und den auch die national-kroatisch eingestellte Intelligenz nicht aufzuhalten vermochte, wird mit der Tatsache verständlich und gerechtfertigt, dass der deutsche Blutanteil in der kroatischen Bevölkerung verhältnismäßig hoch ist. In rassischer Hinsicht unterscheiden sich daher die Kroaten nicht all zu sehr von den Deutschen.“⁶⁹

66 Schlag, Neuer Anfang, S. 215.

67 Ebd., S. 216.

68 Ebd.,

69 „Meldungen aus dem Reich“ des SD, 7. 6. 1943, BA, Berlin Lichterfeld, R 58/185.

5. SCHLUSSBEMERKUNG

In ihrer Haltung zum „Anschluss“ 1938 unterschieden sich die burgenländischen Kroaten nicht von der übrigen österreichischen Bevölkerung. Auch die Zahl der illegalen Nationalsozialisten war bei den Kroaten im Burgenland prozentuell gesehen ähnlich groß wie bei der deutschsprachigen Bevölkerung des Landes.

Bald nach dem „Anschluss“ waren die Kroaten aber einem großen Assimilationsdruck ausgesetzt. Dieser führte jedoch kaum zu Opposition, zum Teil wurde er sogar begrüßt, wie etwa bei der Debatte um die kroatische Unterrichtssprache.

Widerstandsgruppen, die sich ethnisch zusammensetzten, wie etwa bei den Kärntner Slowenen, gab es im Fall der burgenländischen Kroaten nicht. Vor allem Pfarrer Semeliker wurde aber sicher auf Grund seiner Volksgruppenzugehörigkeit und seines Einsatzes gegen den sprachlichen Assimilationsdruck verhaftet und nach Dachau deportiert. Zu Vermögensentzug ist es in seinem Fall aber nicht gekommen. Er dürfte mittellos gewesen sein.

Erschütternd ist das allerdings nur aus mündlichen Berichten bekannte Schicksal des Kleinbauern Johann Kovacic. Seine Verhaftung und sein Tod im KZ Mauthausen gingen angeblich darauf zurück, dass er sich in der deutschen Sprache nur schlecht verständigen konnte. Ihm wurde sein Fuhrwerk enteignet.

Bei jenen burgenländischen Kroaten, die sich den Titopartisanen angeschlossen, konnte kein Vermögensentzug festgestellt werden. Es ist davon auszugehen, dass die Angehörigen der Partisanen über den Frontenwechsel nicht Bescheid wussten oder tunlichst darüber schwiegen.

Die Auflösungen beziehungsweise die „Neuordnungen“ der verschiedenen Stiftungen können als Entzug kroatischen Volksgruppenvermögens gewertet werden. Da die angeführten Pfarrschulen kroatisch geführt wurden, ist der finanzielle Entzug für das Kantorpersonal oder Unterrichtsmittel für den Spracherhalt gefährdend. Interessant ist im Fall der Stiftung in Oslip, dass nach dem Krieg die Gemeinde die Grundstücke veräußerte.

Bezüglich der angeführten kroatischen Vereine lässt sich feststellen, dass sie nicht aufgelöst wurden beziehungsweise nach Änderung der Statuten weiterbestehen und vor allem auch weiterarbeiten konnten. Zu Vermögensentzug kam es nicht.

Auf den ersten Blick erscheint es seltsam, dass die Tamburizzavereine Oslip, Neuberg und Unterpullendorf ihre Instrumente abzuliefern hatten. Allerdings wurde mit dem Entzug der Instrumente ein wichtiger Schlag gegen die Brauchtumpflege der burgenländischen Kroaten geführt. Hier wäre möglicherweise der ideelle und ideologische Verlust höher zu bewerten als der finanzielle Schaden.

Viele der untersuchten Gruppen waren aber nicht offiziell als Vereine registriert, wodurch sich die Maßnahmen der NS-Behörden gegen sie nicht in den Akten des Stillhaltekommissars niederschlugen. Es ist bedauerlich, dass dieses Forschungsprojekt erst am Ende des 20. Jahrhunderts begonnen wurde. Da es im Fall der burgenländischen Kroaten fast keine schriftlichen Unterlagen gibt, war ich auf die Befragung von Zeitzeugen angewiesen.

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

AdR	Archiv der Republik
BA	Bundesarchiv
BLA	Burgenländisches Landesarchiv
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
EZ	Einlagezahl
Hg.	Herausgeber
K	Karton
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
Red.	Redaktion
SD	Sicherheitsdienst (der SS)
TZ	Tagebuchzahl
Zl.	Zahl

Quellenverzeichnis

Archive und Sammlungen:

Urkundensammlung der Bezirksgerichte Eisenstadt, Mattersburg
 Burgenländisches Landesarchiv Eisenstadt
 Iid-6-56-1942
 XII 2-81-1941
 Sammlung Tobler
 Archiv der Stadtgemeinde Eisenstadt
 Gemeindearchiv Nikitsch
 Gemeindearchiv Draßburg
 Gemeindearchiv Baumgarten
 Archiv des Landesgendarmeriekommandos
 Diözesanarchiv Eisenstadt
 Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes
 Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bestand Stillhalte-
 kommissar
 Staatsarchiv der Republik Kroatien (Anfrage)

Bundesarchiv:

BA, Berlin Lichterfelde, R 58/148, 153, 185, 350.
 BA, Koblenz, R 59/20/50

Schriftliche Unterlagen von Privatpersonen:

Robak, Fritz, Steinbrunn, Nachlass
 Dr. Tobler, Felix, Draßburg, Privatsammlung

Interviews:

Prof. Feri Szucsics zu Vereinen in Wien
 Mag. Peter Huissa zur Person Johann Kovacic
 Peter Tyran zum Kroatischer Kulturverein und zur Person Kovacic
 Ernestine Martincsics zur Person Johann Kovacic
 Jurica Csenar zur Person Mate Semeliker
 Linka Dobrovits zur Person Mate Semeliker
 Amtmann Herbert Michalits, Oslip, zu Tamburizzagruppe Oslip und
 Schulstiftung
 Oberamtmann Ferdinand Wutschitz zu Schulstiftung Wulkaprodersdorf

Mag. Miljenko Pancic, Staatsarchiv Zagreb

Dr. Nikola Bencsics zu Kroatischer Kulturverein

Dr. Hans Peter Zelfel zu Vermögensentzügen bei katholischen Vereinen

Literaturverzeichnis

- Amt der Burgenländischen Landesregierung (Hg.): Burgenländische Statistiken. Die Bevölkerungsentwicklung im Burgenland zwischen 1923 und 1971, Eisenstadt 1976.
- Bencsics Nikolaus: Geschichte des Schulwesens, in: Stefan Geosits (Hg.): Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten, Wien 1986, S. 159–163.
- Breu Josef: Die Kroatensiedlungen im Burgenland und in den anschließenden Gebieten, Wien 1970.
- Buchheim Hans: Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobson, Helmut Krausnick: Anatomie des SS-Staates, München⁶ 1994, S. 201–214.
- Csenar Jurica (Hg.): Bog u Dahavi, Zeleznó/Eisenstadt 1988.
- Darabos Norbert: Zwischen Tradition und Assimilation, in: Elisabeth Deinhofer, Traude Horvath (Hg.): Grenzfall Burgenland, Großwarasdorf 1991. S. 191–204.
- Deinhofer Elisabeth, Traude Horvath (Hg.): Grenzfall. Burgenland 1921–1991, Veliki Boristof/Großwarasdorf 1991.
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation, Wien 1979.
- Kaiser Andrea: Zweisprachigkeit in der Familie – am Beispiel der kroatischen Minorität im Burgenland, Dipl.Arb., Salzburg 1990.
- Klucsarits Richard: Die Kroaten, in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 342–357.
- Malle Augustin, Alfred Elste, Brigitte Entner, Boris Jesih, Valentin Sima, Heidi Wilscher: Vermögensentzug, Rückstellungen und Entschädigung am Beispiel von Angehörigen der slowenischen Minderheit und ihrer Verbände und Organisationen. Nationale Minderheiten im Nationalsozialismus 1 (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 21/1) Wien-München 2004.
- Pawlowsky Verena, Edith Leisch-Prost, Christian Klösch: Vereine im Nationalsozialismus. Vermögensentzug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisation und Verbände und Aspekte der Restitution

in Österreich nach 1945. Vereine, Stiftungen und Fonds im Nationalsozialismus 1 (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 21/1), Wien-München 2004.

- Robak Fritz: Kroaten im Burgenland Eine Dokumentation, Wien 1985.
- Österreichisches Ost- und Südosteuropa – Institut: Österreichische Osthefte. Kroatien. Jahrgang 37, Wien 1995. Sundhausen Holm: Der Ustascha-Staat: Anatomie eines Herrschaftssystems, in: Österreichische Osthefte, Jg. 37, Wien 1995, S. 497–534.
- Schinkovits Stefan: Formen „Ethnischer Säuberung“ im Burgenland in der Zeit von 1938 bis 1945 unter spezieller Berücksichtigung der Burgenländischen Kroaten. Dipl. Arb., 1995.
- Schlag Gerald: Neuer Anfang, in: Stefan Geosits (Hg.): Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten. Wien 1986, S. 171–221.
- Tobler Felix: Herkunft und Wanderung, in: Stefan Geosits: Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten. Wien 1986, S. 15–22.
- Zelfel Hans Peter Zelfel Die katholische Kirche, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945, Wien 1979, S. 108–151.
- Ungarische Reichsgesetzsammlung für das Jahr 1907.

AUTOREN

Gerhard BAUMGARTNER, Mag. phil., Dr. phil., geboren 1957, Historiker und Journalist, Mitherausgeber der ÖZG – Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, Lehrbeauftragter an den Universitäten Wien, Salzburg, Klagenfurt, Tel Aviv und Budapest. Programmverantwortlicher Redakteur ungarischsprachiger TV-Sendungen des ORF-Landesstudios Burgenland, arbeitet seit 1985 an Forschungsprojekten zu ethnischen und religiösen Minderheiten in Österreich und den Gebieten der Habsburgermonarchie, Nationalismustheorie, nationale Identität, burgenländische Landesgeschichte, Nationalsozialismus, Arisierungverfahren und ungarische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Publikationen (Auswahl, zuletzt) *Minderheitenpolitik im Burgenland, Politik burgenländischer Minderheiten 1945–2000*, in: Roland Widder (Hg), *Geschichte des Burgenlandes in der Zweiten Republik*, Salzburg 1999, *Roma und Sinti im Burgenland 1945–2000. Zur aktuellen Situation einer Volksgruppe* (Gemeinsam mit Florian Freund), Wien 2001.

Stefan SCHINKOVITS, Mag. phil., geboren 1964, Studium: Geschichte und Geographie Lehramt an der Universität Wien, arbeitet derzeit an seiner Dissertation über die Tätigkeit der KPÖ im Burgenland in der Zeit von 1918 bis 1989; seit 1992 als freier Journalist beim ORF tätig; lebt und arbeitet in Baumgarten/Pajngrt; Forschungsschwerpunkte: Burgenländische Minderheiten und deren Verfolgung im Burgenland während der NS-Zeit; arbeitet zur Zeit an einem Museumskonzept für das Land Burgenland über die Geschichte der Bauarbeiter im 20. Jahrhundert.

